

Näher besehen: Krisen- und Friedenspolitik mit Joschka Fischer 1994-2006 – Bonn, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Afghanistan, Irak, Berlin

aus aktuellen Berichten, Artikeln etc. von Winni Nachtwei, MdB,
anlässlich des Abschieds von Joschka Fischer aus der
Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Berlin im Juni 2006

- (1) Joschka`s Abschied aus der ersten Reihe, September 2005
- (2) Nach 25 Jahren APO Wechsel in die Parlamentarische Opposition, Dezember 1994
- (3) Keine Tornados nach Bosnien-Herzegowina! Juni 1995
- (4) Nach Srebrenica: Zusehen? Eingreifen? Oder was? August 1995
- (5) Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit: Bosnien-Reise der Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei von Bündnis 90/Die Grünen, Oktober 1996
- (6) Kosovo-Krieg vor zwei Jahren: Beginn alles mit einer Lüge? Zum Streit um die Informationspolitik der Bundesregierung, März 2001
- (7) Gewalteindämmung von oben: Mit Joschka Fischer in Albanien und Kosovo, April 2001
- (8) Langer Atem für Afghanistan, Reisebericht Dezember 2002
- (9) Kommentar zum Wirbel um das Spiegel-Interview von Joschka Fischer, 31. Dezember 2002
- (10) Gemeinsam für eine friedliche Lösung der Irak-Krise! 21. Februar 2003
- (11) 1. Juli 2005: Vertrauensfrage des Bundeskanzlers. Persönliche Kurzmeldungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik, Juli 2005
- (12) Erneuerung in der Opposition. Empfehlungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Grünen und zur Kooperation mit Friedensbewegung, Friedensforschung und Friedenspraxis, Februar/März 2006

Joschka`s Abschied aus der ersten Reihe

(September 2005)

Sehr überraschend und tief bewegend war der letzte große Auftritt von Joschka Fischer in der gemeinsamen Sitzung der alten und neuen Bundestagsfraktion am 20. September.

Joschka begann mit einer kurzen Wahlkampf Bilanz (wider die Umfragen: „Mobilisierung = Ergebnis“) und mit Danksagungen an die FraktionsmitarbeiterInnen, überprüfte knapp die verschiedenen Ampeln und ließ dann die politische Bombe platzen:

Für ein herausragendes Amt stehe er nicht mehr zur Verfügung, „das müssen jetzt andere machen“. Inhalte gehen vor Machtfragen. Er habe voll Wahlkampf gegen Merkel und Westwelle gemacht. Mit denen könne er keine Koalition machen, das wäre der große Wortbruch. Die Option Ampel sei durch die FDP verrammelt worden. Die Grünen seien als moderne, ökologische Links- und Friedenspartei inhaltlich gut aufgestellt. Realistisch sei aber nur die Opposition.

Für ihn sei es ein neuer Lebensabschnitt: Vor 20 Jahren habe er Freiheit gegen Macht getauscht. Jetzt wolle er die Macht gegen die Freiheit tauschen.

„Ich begleite Euch gern schweigend aus der letzten Reihe.“

Was danach an Beifallsmarathon kam, hatte die Fraktion noch nicht erlebt.

Abschiedsschmerz

Es verabschiedet sich ein Joschka Fischer, den ich seit elf Jahren vor und hinter den Kulissen erlebt habe – in der Fraktion, in vertraulichen Beratungsrunden mit den grünen Außenpolitikern, bei Koalitionsverhandlungen, im Bundestag, bei Kundgebungen und unterwegs im Diplomateninsatz.

Den Grünen und der deutschen Politik insgesamt geht – bis auf weiteres – ein Politiker verloren, der einzigartige strategische, taktische und rhetorische Fähigkeiten miteinander verbindet, der herausragende Politik machen und für sie begeistern konnte.

Ich erinnere mich an den Januar 1999 nach dem Massaker von Racak, als er die Grundzüge des späteren Stabilitätspakts für den westlichen Balkan skizzierte; an die Krisendiplomatie im April 2001, als in Mazedonien ein Bürgerkrieg drohte. Ich erinnere mich an den Februar 2002, als er die zu erwartenden Konsequenzen eines Irak-Krieges durchdeklinierte und den US-Plan ganz realpolitisch als rundum abenteuerlich ablehnte. Schließlich seine Rede zur Vertrauensabstimmung am 1. Juli, wo er bei Rot-Grün die Abschiedsstimmung zur Wahlkampfstimmung wendete.

Es verabschiedet sich ein Joschka Fischer, der Plätze füllte wie kein anderer Grüner. Ein unglaublicher Wahlkämpfer, der wohl für einige Wahlprozentpunkte persönlich verantwortlich war.

Es verabschiedet sich ein Joschka Fischer der sehr verschiedenen Seiten: der faszinierend, äußerst gewinnend und jugendlich-sprudelnd sein konnte; dessen Kommunikations- und Umgangsformen für seine Umgebung aber auch äußerst strapaziös sein konnten.

Respekt!

Wo Rot-Grün abgewählt wurde und keine politisch vertretbare Machtoption für die Grünen existiert, ist sein Abschied konsequent.

Sicher ist er derjenige Politiker, der die Grünen am stärksten geprägt hat und dem wir sehr viel zu verdanken haben. Ohne ihn wären die Grünen auf Bundesebene kaum regierungsfähig geworden, hätte es die Partei dabei zerrissen. Aber schon lange war er nicht mehr der „Gottvater“ der Grünen, wovon in den Medien immer wieder die Rede war. Im Unterschied zur Legislaturperiode 1994-1998 hat sich die Fraktion längst von ihm emanzipiert. Auch als Außen- und Sicherheitspolitiker agierten wir bei aller Abgestimmtheit eigenständig – nicht zuletzt auf den Außenpolitikfeldern, wo sich der Bundeskanzler auf Kosten des Außenministers breit gemacht hatte, so im Fall China und Russland.

Es war genau der richtige Zeitpunkt. Wann, wenn nicht jetzt kann eine Sturmspitze für die die neue Oppositionsrolle aufgebaut werden?

Zugleich distanziert sich Joschka Fischer, der „Machtmensch“, vom gegenwärtigen Machtpoker. Wider vieler Erwartungen ist für ihn Macht nicht das Letzte und Höchste.

Verlust und Neuaufstellung

Grüne Außen- und Sicherheitspolitik hatte schon länger das „Sonnen“-Problem – im Schatten des Großmeisters Fischer zu stehen.

Jetzt gibt es vor und „über“ uns keine anderen grünen Außenpolitiker mehr. Erst ging der Veteran Helmut Lippelt, dann Ludger Volmer, Antje Vollmer, Christa Nickels, jetzt geht Joschka Fischer. Wir und ich stehen jetzt am Steuer, müssen den Kurs einer selbstbewussten Friedenspolitik bestimmen und halten in einer Zeiten stürmischer Veränderungen und unberechenbarer Risiken. Jetzt stehen wir ganz anders in der Verantwortung.

Die Grünen sind eine selbstbewusste Partei mit vielen erfahrenen Politikern und hoffnungsvollen Talenten. Wie bei keiner anderen Partei zzt. in Deutschland gehen bei den Grünen demokratische Lebendigkeit und Programmorientierung mit der herausragenden Stellung eines Politikers einher.

Aber der Abschied Joschkas aus der ersten Reihe macht uns weder vater- noch kopflos. Er setzt die personelle Neuaufstellung auf die Tagesordnung. Wenn wir die in Verlauf und Ergebnis gut gemeistert haben, haben die Grünen sich vollständig emanzipiert.

Auch wenn er kurzfristig nicht ersetzbar ist: Die Grünen werden auf Joschka verzichten müssen und können.

Der deutschen und europäischen Friedenspolitik aber darf sein Ausnahmetalent nicht verloren gehen. Gerade in schwierigeren Zeiten brauchen wir vorne die Besten!

Nach 25 Jahren APO Wechsel in die Parlamentarische Opposition

„**Frühling im Herbst 1994:** Mein Aufbruch nach Bonn beginnt mit Rückenwind: mit 25.117 (14,6%) Zweitstimmen erringen wir in Münster das landesweit beste Ergebnis bei der Bundestagswahl. (...)“

Am 18. Oktober beginnt Bonn, in Rhöndorf.

Die Abendsonne scheint über den strahlenden Rhein in den Saal, als wir um 16.55 Uhr einstimmig die Konstituierung der neuen Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beschließen. Nachdem die Westgrünen 1990 aus dem Bundestag geflogen waren, sind wir nun wieder voll da: mit 29 Frauen und 20 Männern. Ich bin ein Extrem-Neuling mit meinen Erfahrungen aus Feuerwehrausschuss, Polizeibeirat und einem halben Jahr Bezirksvertretung Münster-West.

(...) Die Fraktionsspitze aus **Joschka Fischer**, Kerstin Müller und Werner Schulz stellt sich der Bundespressekonferenz vor. Die Botschaft des viel versprechenden Neuanfangs, des „zweiten Lebens“ der Grünen, kommt voll über. Die Reaktionen der Journalisten zeigen deutlich: Diese wiedererstandene angriffslustige Oppositionspartei ist interessant, sie macht Spaß.“ (Maulwurf, Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen in Münster, Dezember 1994)

„Wieder voll da!“

9. November in Berlin, Fraktionssitzung im Reichstag, von wo Philipp Scheidemann vor 75 Jahren die Republik ausrief. Mit Hilfe von Arno Lustiger, Jens Reich und der jüdischen Sängerin Jalda Rebling erinnert die Fraktion an Reichspogromnacht und Mauerdurchbruch. Bevor wir uns auf den parlamentarischen Weg machen, vergewissern wir uns, woher wir kommen.

Vor der konstituierenden Sitzung des Bundestages trifft sich die Fraktion am Brandenburger Tor, um gemeinsam mit dem Referendum „Doppelte Staatsbürgerschaft“ auf die vielen Inlän-

der aufmerksam zu machen, die ihrer ausländischen Herkunft wegen nicht im Bundestag vertreten sind. Mit Flöten- und Trommelspiel begleiten Freunde Cem Özdemir, den grünen Schwaben und ersten Bundestagsabgeordneten türkischer Herkunft, zum Reichstag.

Reihenweise werden unsere Alt-MdB`s von Mitgliedern anderer Fraktionen herzlich empfangen: „Schön, dass Sie wieder da sind!“ (...)

Die Regierungserklärung wird zu einem echten Erlebnis: Unglaublich, mit welcher routinier-ten Lustlosigkeit der Kanzler sie abliest, von „Familje“ und Zukunft spricht, Entwicklungspoli- tik mit zwei Floskelsätzen, Armut mit keinem Satz erwähnt. Da wirkt Scharping schon bele- bend. Aber dann legt **Joschka** los. Nicht nur alle MdB`s hören gebannt zu, sogar den Dicken erreicht er. Interessiert, betroffen, amüsiert schaut Kohl die ganze Zeit seinem Herausforderer zu, vergisst seine notorische Ignoranz, die er sonst gegenüber Oppositionsrednern demonst- riert. Es wird spannend.“ (Maulwurf Januar 1995)

Keine Tornados nach Bosnien-Herzegowina!

Aus dem Bundestagsprotokoll vom 30.6.1995

Winfried Nachtwei: „In der Frage, ob deutsche Soldaten nach Ex-Jugoslawien, ob deutsche Tornados nach Bosnien sollen, ist die deutsche Bevölkerung völlig gespalten -- aber nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die Anhängerschaft der Parteien, die hier im Parla- ment sitzen. Eine letzte Umfrage ergab z. B.: 48 % der Anhänger von CDU/CSU sind gegen diesen Einsatz, 47 % sind dafür. Bei uns ist das Echo gespalten, bei der PDS ebenfalls, bei allen Parteien.

Dieser Meinungsriß geht nicht nur durch die Parteianhängerschaften, sondern er geht auch bei vielen von uns hindurch. Ich denke, es ist ein Zeichen von Ehrlichkeit, dass es wenigstens zwei Fraktionen hinbekommen, hier auch Minderheitenpositionen zu Wort kommen zu las- sen. Die Geschlossenheit von vor allem CDU/CSU und F.D.P. macht mich, muss ich sagen, nur misstrauisch. Diese Geschlossenheit ist offensichtlich nur simuliert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Wir haben heute vor allem die politischen Begründungen und mutmaßlichen Wirkungen des Bundeswehreinsetzes zu prüfen. Der Auftrag der ECR-Tornados könnte kaum begrenzter und moralischer formuliert sein: Sie sollen die NATO-Flugzeuge schützen, die die Eingreiftruppe zum Schutz der Blauhelme schützen. Dabei sollen sie erst zum Einsatz kommen, wenn Blau- helme angegriffen werden und wenn der Tornado vom serbischen Feuerleitradar erfasst wird - - sozusagen als Akt der doppelten Selbstverteidigung.

Doch die Bundesregierung lässt sich Hintertüren offen: Der Bundeswehreininsatz ist weder zeit- lich noch zahlenmäßig begrenzt. Minister Rühle gibt wohl die mündliche Zusage, die Ober- grenze von 1 700 bzw. 2 000 Soldaten solle nicht überschritten werden. Aber ist schon verges- sen, dass die Bundesregierung noch vor einem Monat die Teilnahme an einer Umgruppierung oder Verstärkung der UN-Truppen kategorisch ausschloss?

(...)

Viele Menschen sehen Militär als eine Art robuste Feuerwehr oder Polizei an. Sie trauen dem Militär die Fähigkeit zum schnellen Durchgreifen zu. Eine solche Erwartung mag vor allem in Situationen verzweifelter Ohnmacht nahe liegen; sie wird überwiegend durch unsere Fernse- herfahrung von Militär begünstigt. Eine solche Erwartung aber ist völlig illusorisch. Vor al- lem wissen Militärs, dass, wenn der erste Schritt hinein klar ist, darüber hinaus aber das poli- tische Gesamtkonzept und damit auch der Weg hinaus unklar ist, die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass das Gesamtunternehmen scheitert. Dann besteht das erhebliche Risiko, in einen Kon- flikt bzw. Krieg hineinzuschlittern. Wenn ich in den letzten Tagen und Wochen bilateral mit Militärs gesprochen habe, sah ich bezüglich dieser Bedenken immer nur ein Kopfnicken.

Viele Befürworter des Bundeswehreinsetzes in Ex-Jugoslawien suggerieren (...), daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe: Tornado oder Wegsehen. Dies ist eine Scheinalternative, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD -- Günther Friedrich

Nolting [F.D.P.]: Nennen Sie mal Ihre Alternative!)

-- Herr Nolting, ich komme direkt darauf zu sprechen.

Es gibt drei Beispiele. Erstens. Aggressoren und Kriegführende brauchen Material; sie brauchen Munition, Waffen und Treibstoff. Das Embargo ist seit langem beschlossen. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, wie die Realität dieses Embargos aussieht: 1992 und 1994 wurde ausgiebig darüber berichtet. 1994 erschien der Bericht, in dem es hieß, dass Ex-Jugoslawien inzwischen zum größten Waffenmarkt der Welt geworden sei. In einer Reportage über die rumänisch-serbische Grenze vom Juni hieß es, dass es im rumänischen Grenzgebiet so viele Tankstellen gebe wie nirgendwo sonst und dass über dieser Gegend ein Dunst von Benzin liege. -

Das sind deutliche Zeichen dafür, dass es ein funktionierendes Embargo praktisch nicht gibt.

An der bosnisch-serbischen Grenze gibt es eine Überwachungsmission, bestehend aus ungefähr 200 Mann. Anfang Januar erfuhren wir im Verteidigungsausschuss, dass gewünscht wurde, auch 20 Mann aus der Bundesrepublik zu entsenden, dass zu diesem Zeitpunkt allerdings nur zwei Personen gestellt werden konnten. Auf Anfrage musste Minister Kinkel jetzt im Verteidigungsausschuss zugestehen, dass bisher, also seit Oktober, nur drei Freiwillige für diese Mission gefunden seien,

(**Joseph Fischer** [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

dass man aber jetzt, acht Monate später, Methoden gefunden habe, die gewünschte Zahl zu erreichen. Das zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der solche Wünsche unterstützt werden.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Skandal!)

Zweites Beispiel. Aggressoren und Kriegführende brauchen Soldaten; auch dies ist mehrfach angesprochen worden. Wem ist aber hierzulande schon bekannt, dass sich dem Dienst in der serbischen Armee insgesamt 300 000 Männer entzogen haben, denen erhebliche Strafen drohen? Von ihnen sind ungefähr 10 000 in der Bundesrepublik. Was aber geschieht mit ihnen?

Diese Flucht aus der kriegführenden Armee wird nicht als Asylgrund anerkannt. Im Gegenteil: Der Abschiebestopp wird aufgehoben. Entsprechende Anträge, diesen Abschiebestopp wieder einzuführen, wurden vom Innenausschuss des Bundestages noch in der vorletzten Woche kategorisch abgelehnt.

(**Joseph Fischer** [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Menschen helfen nennt man das!)

Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung ist bereit und willens, den Kriegsparteien, ja sogar den Aggressoren wieder Soldaten frei Haus zu liefern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein drittes Beispiel. Die Medien, die bei der emotionalen Mobilmachung für den Krieg eine zentrale Rolle spielten, sollten vielmehr bei der Überwindung dieses Krieges eine zentrale Rolle spielen. Hierzu gibt es ausgezeichnete Einzelinitiativen; eine konzertierte Politik gibt es nicht.

Mit der heutigen Entscheidung sind wir an einem Wendepunkt der deutschen Sicherheitspolitik angelangt: erstmalig möglicher Kampfeinsatz, erstmalig außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung.

Die Bundesregierung hat diesen Schritt in den letzten Jahren in geschickter Salamtaktik vorbereitet. Sie baute systematisch ihre militärischen Fähigkeiten aus, um in Zukunft zu mehr in der Lage zu sein als nur zur Stellung von Sanitätern und Tornados. Noch am letzten Mittwoch hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wieder erhebliche Gelder für weitere Rüstungsprojekte freigegeben.

Wer diesen Weg der zunehmenden Gewichtsverlagerung der deutschen Außenpolitik zum Militärischen nicht mit beschreiten will, muss heute das Ansinnen der Bundesregierung ablehnen.

Ich fasse zusammen: Der geplante Bundeswehreinsatz ist hinsichtlich der Eskalationsrisiken unverantwortlich. Er ist hinsichtlich seines Anspruchs völlig unglaubwürdig. Er ist im Hinblick auf die Zukunft eine gefährliche Weichenstellung. Das ist nicht nur die Meinung unserer Fraktion, sondern auch vieler Menschen im Lande. Noch heute morgen wurden mir 18 000 Unterschriften von Menschen überreicht, die sich deutlich gegen diesen Auslandseinsatz aussprechen. Sie sehen dort die Sammlung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der PDS -- Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] zeigt die Unterschriftensammlung)

Trotzdem, Herr Minister Rühle und Herr General Naumann: Ich wünsche ausdrücklich nicht - ich glaube, da spreche ich für die ganze Fraktion -, dass sich unsere Warnungen bewahrheiten. Wir wollen wahrhaftig nicht um jeden Preis recht bekommen.

Aber ich wünsche, nein, ich appelliere an Sie, an die Bundesregierung, an dieses ganze Haus: Nutzen wir endlich konsequent die Möglichkeiten, Aggressionen und Kriege rechtzeitig das Wasser abzugraben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Nach Srebrenica: Zusehen? Eingreifen? Oder was?

(August 1995)

„In der ostbosnischen Enklave Srebrenica sind seit 1992 43.000 Menschen eingeschlossen und von Hilfsorganisationen nur unzureichend versorgt. Anfang Juli 1995 greifen Truppen des bosnischen Serbenführers Ratko Mladic die UN-Schutzzone an. Für die nur 200 niederländischen UN-Blauhelmsoldaten gibt es keine Verstärkung. Zur Entlastung angeforderte Luftangriffe kommen nicht zustande. Die Blauhelmsoldaten liefern den Angreifern die Flüchtlinge aus: 23.000 Frauen und Kinder werden nach Tuzla gefahren. Hunderte männliche Gefangene werden außerhalb des UNPROFOR-Lagers erschossen. 15.000 Männer versuchen sich im Fußmarsch über die Berge durchzuschlagen. Die Truppen der bosnischen Serben bringen etwa 8.000 Muslime aus Srebrenica auf der Flucht um.

„Innerer Frieden“

Am 30. Juni beschloss der Bundestag die Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Ex-Jugoslawien. Aus den Reihen der Opposition sprachen auffällig viele AußenpolitikerInnen und viele gerade derjenigen PolitikerInnen für die Regierungsvorlage, die seit Jahren besonders intensiv und menschlich mit den Angegriffenen verbunden sind. Zugleich war unverkennbar, dass vielen in Regierung und Koalition ziemlich mulmig zumute ist.

Die bündnisgrüne Fraktion hat die Debatte mit wider Erwarten großer Geschlossenheit und zugleich Ehrlichkeit durchgestanden. Viele waren erleichtert, dass die Zerreißprobe an uns vorüber ging. Zugleich standen viel mehr von uns, als nach außen sichtbar wurde, in einem höchstgradigen Gewissenskonflikt zwischen zwischenmenschlich-antifaschistischer und pazifistischer Grundhaltung und innergrünen Erwägungen. Der innere Frieden, unser Parteilied blieb gewahrt.

Naher Krieg

Völlig entgegengesetzt die Entwicklung des nahen Krieges in Bosnien. Nach dem 30. Juni war schnell Schluss mit der relativen Entspannung nach der Masseneiselnahme von Blauhelmen. Die serbische Aggression eskalierte zur Stürmung von „Schutzzonen“, der Selektion,

Massakrierung und Vertreibung tausender Menschen – unter den Augen der Weltöffentlichkeit, in Anwesenheit der internationalen „Gemeinschaft“ in Gestalt von VN-Blauhelmen. Karadzic und General Mladic kündigten die Eroberung „aller muslimischen Enklaven bis zum Herbst“ an, falls diese nicht „vollständig entmilitarisiert“ würden.

Fischer`s „Briefbombe“

In diesen Tagen der fortschreitenden serbischen Aggression entstand **Joschkas** Brief an die ParteifreundInnen, eine Woche vor der kroatischen Offensive, der Rückgewinnung der Krajina, der Befreiung des belagerten Bihac und der serbischen Massenflucht.

Zu Recht sieht er die Folgen des zu diesem Zeitpunkt unaufhaltsam erscheinenden serbischen Sieges dramatisch. (...) In Europa sind Krieg und Vertreibung wieder zu einem erfolgversprechenden Mittel der Politik geworden. Nüchtern beschreibt er das Versagen Westeuropas und der internationalen „Gemeinschaft“, in der es niemals einen politischen Willen, nur gegenläufige Interessen gegenüber dem Krieg in Ex-Jugoslawien gegeben habe.

Wider längeres „Wegducken“ und „Durchlavieren“ ruft Fischer dazu auf, der politischen Debatte nicht auszuweichen und Farbe zu bekennen. Auch ich beobachte seit Jahren dieses politische Wegducken in friedensbewegten und linken Kreisen, das sich oft hinter allen möglichen Ausflüchten verbirgt. Höchst engagierte Organisationen wie das Komitee für Grundrechte und der Bund für Soziale Verteidigung scheinen eher die Ausnahme von der Regel zu sein. Ausgehend von der – zum Teil falschen – These, alle bisherigen Mittel wie Embargo, Schutzzonen, Kontrolle schwerer Waffen, Verhandlungslösungen hätten versagt, sieht Fischer nur noch die zugespitzte Alternative Weichen oder Widerstehen gegenüber den verbliebenen Schutzzonen: Abzug oder militärische Verteidigung. Er spricht sich für ihre militärische Verteidigung aus, weil es zu ihr nur schlimmere Alternativen gebe.

Bei diesem Bekenntnis bleibt Fischer stehen, zu Umsetzungs- und Erfolgchancen nimmt er kaum noch Stellung. Hier setzen berechtigte Kritiken an. Kritiken hingegen, die seine konkrete Problemstellung (verzweifelte Lage der Schutzzonen) negieren und ihn zu einem Befürworter einer „militärischen Konfliktlösung“ dämonisieren, praktizieren eine Diskussionsunart, die nur die Gegnerbekämpfung im Sinn hat, in der Sache aber keinen Deut weiterbringt.

Bekenntnisdebatten um Grenzen des Pazifismus und Militär gab es reichlich und meist fruchtlose. Ob jetzt nur noch Gewalt hilft oder Militär weiter keine Lösung ist, angesichts der konkreten Kriegsrealität in Bosnien zu überprüfen.

Akute Schlüsselfragen

Bei der Bundestagsdebatte hatten wir zur Tornado-Entsendung Stellung zu beziehen. Innenpolitische Erwägungen und die Perspektiven deutscher Außenpolitik spielten dabei legitimerweise eine besondere Rolle. Die Argumente stimmen weiter.

In diesen Wochen müssen wir uns aber den Fragen stellen, zu denen die Gegner der Bundeswehrentsendung (also auch ich) in der Bundestagsdebatte nichts sagten, wozu wir auch keinerlei Antwort hatten:

- Wie kann die Zivilbevölkerung wirksam geschützt und versorgt werden?
- Wie kann die fortschreitende serbische Aggression gestoppt werden?
- Wie kann der Totalabzug der Blauhelme verhindert, ihre Präsenz wirksamer gemacht werden?
- Was hilft kurzfristig, was nur langfristig?

Völlig zu recht insistieren wir auf den Einsatz nichtmilitärischer Druckmittel, einem wirksamen Embargo, dem Aufnahmeangebot an Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ... Aber offenkundig können diese Maßnahmen nur mittelfristig wirken. Grundsätzlich richtig ist die Forderung, Anti-Kriegsgruppen zu unterstützen. Der Haken daran ist nur, dass die in Serbien zzt. auch nach eigener Einschätzung völlig randständig sind; dass die in Bosnien alle den bosnischen Verteidigungskampf unterstützen.

Aber was hilft kurzfristig?

Das Bekenntnis, man habe kein Patentrezept und es gebe keine kurzfristigen Lösungen, ist richtig, entbindet aber nicht von der Verpflichtung, nach Antworten zu suchen.

Zurzeit bestehen für die „Staatengemeinschaft“ bezogen auf den Blauhelmeinsatz folgende Optionen:

Weiter wie bisher mit starken Worten, viel Verhandeln und realer Tatenlosigkeit;

Abzug der Blauhelme und Aufhebung des Waffenembargos nach dem ehrlichen Eingeständnis, dass man zu einem echten Schutz nicht bereit ist;

Evakuierung der Eingeschlossenen und Aufgabe der Schutzzonen;

Militärische Verteidigung der letzten Schutzzonen und Schaffung eines Versorgungskorridors; offene Parteinahme für die Angegriffenen. (Hierzu ist kein westlicher Staat bereit)

Alle Optionen beinhalten Eskalationsrisiken, beim Blauhelmabzug wären sie am gefährlichsten. Ist die Lage so verfahren, dass es nur noch schlechte Handlungsmöglichkeiten gibt, nicht einmal mehr ein kleineres Übel? Einsatz für die Menschenrechte, Solidarität mit Opfern und Gewaltfreiheit: Wie bekommen wir das angesichts des Krieges in Bosnien noch in Einklang – ohne Wegsehen, ohne Ausflüchte, ohne Kollaboration mit Tätern, ohne Naivitäten und Begünstigung militärischen Denkens?“

(Beratungspapier vom 27.7.95, veröffentlicht in: Maulwurf August 1995)

Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit: Bosnien-Reise der Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei von Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 1996

(November 1996)

Vom 20.-25. Oktober 1996 besuchten die Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei Bündnis 90/Die Grünen Bosnien-Herzegowina. Zur 18-köpfigen Delegation gehörten Kerstin Müller, **Joschka Fischer**, Krista Sager, Jürgen Trittin, Marieluise Beck, Gerd Poppe, Werner Schulz, Uli Fischer. Achim Schmillen, Eva Biehler ich und Journalisten von SZ, FR, Spiegel und Focus. Stationen der Reise waren Zagreb, Split und Trogir, Mostar, Sarajevo, Tuzla und Banja Luka. Es war die erste Reise dieser Art seitens einer deutschen Partei durch Bosnien.

„Ziel der Reise war, vor Ort Stand und Perspektiven des Friedensprozesses in Bosnien zu erkunden und dabei auch die bisherigen eigenen Positionen selbstkritisch zu überprüfen. Die öffentliche Wiedergabe unserer Reiseeindrücke durch die Medien war zu Teilen extrem interesselgeleitet: fixiert auf die Pazifismus-Militärfrage und die Konfliktthemen, ignorant gegenüber der Mehrheit unserer Konsenspunkte, die elementar sind für eine wirklich friedensfördernde Politik gegenüber/in Ex-Jugoslawien.

Angesichts der enttäuschenden Tatsache, dass die Reise schon wieder für innerparteiliche Machtkämpfe instrumentalisiert wird, ist es umso notwendiger, zunächst mal unsere Erfahrungen ungeschminkt zu benennen und zur Diskussion zu stellen. Darauf haben die FraktionskollegInnen, haben die Mitglieder unserer Partei, haben die Freundinnen in den Friedens- und Solidaritätsgruppen zu aller erst Anspruch.

Für die Mehrheit der Delegation - auch für mich - war es der erste Besuch im bosnischen Kriegsgebiet.

Das Ausmaß und vor allem die Intensität der Zerstörungen ist schockierend. Die toten Obstplantagen von Mostar, die zerhackten und enthaupteten Häuser, die zerschossenen und ausge-

brannten Hochhäuser von Sarajewo, das auf dem Präsentierteller unter den Geschützen, Mörsern und Scharfschützen der serbischen Belagerer lag - Zeichen für die hartnäckige Zerstörungswut im Krieg und die Wehrlosigkeit der angegriffenen Bosniaken.

Am Hang über Sarajewo und beim Bischof von Banja Luka, dem großen Humanisten, fühle ich es am eindringlichsten: die Scham darüber, wie unzureichend unsere Solidarität, die Solidarität Europas mit den Angegriffenen gewesen war. (Solidarität verstehe ich umfassend politisch, nicht reduziert aufs Militärische) Gegenüber den Überlebenden wagt es kaum jemand, bündnisgrüne Einwände gegen die NATO- und Bundeswehr-Einsätze aus den letzten Jahren zur Sprache zu bringen.

Auszug aus den Reisenotizen:

„Mit Iliza erreichen wir den ersten Vorort von Sarajevo. Hier ist alles zerstört, Wohnhäuser, Geschäfte, Betriebe, alles – wüst.

Sarajevo ist wirklich eine Großstadt mit etlichen Hochhäusern bis ca. 20 Stockwerken. Die meisten sind vom 5./6. Stock an großflächig zerrissen, durchsichtig, gelöchert, geschwärzt, verbogene Träger, Glaszacken, wehender Vorhang.

Durch den früher serbisch kontrollierten Stadtteil Grbavica auf eine Straße am Hang, wo Sarajevo`s Altstadt zu unseren Füßen liegt, Moscheen, Kirchen, Synagogen. Vom Hang oberhalb dieser Straße schossen serbische Geschütze, Mörser, Panzer wie sie wollten in die Stadt hinein. Sarajevo auf dem Präsentierteller, wehrlos in der Mausefalle – und das drei Jahre lang! Hier packt es mich: Schmerz, Scham ...

Joschka stichelt gegen Kerstin: Da hätten Zollbeamte sicher was geholfen, mit Zollstock

Später sagt er mir, dass er sich hier geschämt habe, nicht eher für`s Eingreifen gewesen zu sein. Das solle ihm nicht wieder passieren.

Unten die völlig ausgebrannte Nationalbibliothek. In der Altstadt der kleine Markt, wo die verheerende Granate explodierte.

(...)

In Banja Luka Gespräch mit dem katholischen Bischof Franjo Komarica, der uns sehr freundlich begrüßt.

Als er die Tragödie mit dem „Verlust des Glaubens“ begründet, ist er mir noch so ein Glaubensfixierter. Aber angesichts seines Glaubensverständnisses kann ich ihm dann besser folgen. Europa „segnete die Tragödie“. „Prinzipien traten hinter Interessen zurück. Wir leisten unerbittliche Arbeit von Versöhnung, Versöhnung, Versöhnung und Wiederaufbau. Feinde zu lieben, ist gar nicht so einfach. Wir haben geschrien: keine Waffen, keine Waffen! Was ist das um Gottes willen! Unsere Schreie stießen auf taube Ohren! Ihr habt das zugelassen, diesen Neofaschismus. Warum habt ihr das zugelassen?“ Joschka nennt Gründe, warum wir jahrelang gegen militärisches Eingreifen waren. Jürgen schweigt. „Was könnt Ihr Großen uns sagen?“ Jedes Wort kommt mir gegenüber diesem herzlichen, inbrünstigen, verzweifelten, starken Menschen so flach und billig vor.

„Ich will noch in der Dunkelheit eine Kerze anzünden! Das Gesetz des Dschungels ist erkennbar in Europa. Das macht mir Sorgen. Ich flehe Euch an: Verhindert das andere Bosnien in Europa!“ Die letzten Gespräche waren für uns schon Routine.

Jetzt sind wir im Bann, im Innersten angesprochen, gepackt, aufgewühlt. Jeden von uns sieht er beim Reden intensiv und einzeln, nicht flüchtig an.

Mir steigen die Gefühle die Brust hoch in die Augen, auch andere können die Tränen kaum halten. Diese Dreiviertelstunde ist der zusammenfassende Höhepunkt unserer Reise.“

Die Süddeutsche Zeitung berichtete in ihrer Reportage zur Grünen-Bosnien-Reise über dieses Zusammentreffen als das „Gelöbnis von Banja Luka“. (SZ 28.10.1996)

Kosovo-Krieg vor zwei Jahren:
Begann alles mit einer Lüge?
Zum Streit um die Informationspolitik der Bundesregierung
 (12. März 2001)

(...)

Die Bundesregierung gegenüber dem Parlament über die Menschenrechts- und Konfliktlage

Ausgewertet wurden Bundestagsreden der **Minister Fischer** und Scharping vom 25. und 26. März, 15. und 22. April, 5. und 7. Mai 1999 sowie Stellungnahmen der Bundesregierung vor dem Verteidigungsausschuss und in der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zwischen Oktober 1998 und April 1999 nach meinen persönlichen Aufzeichnungen.

Die im **Bundestag** von Fischer und Scharping vorgebrachten Tatsachenbehauptungen werden durch die o.g. unabhängigen Berichte überwiegend bestätigt. Allerdings sind die am 25. März und 15. April von Scharping genannten Flüchtlingszahlen überzogen – ca. 535.000 externe Flüchtlinge laut UNHCR statt 900.000 lt. Scharping. In derselben Bundestagssitzung berichtet er von besonderen Brutalitäten: Leichen seien mit Baseballschlägern zertrümmert, Köpfe abgeschlagen worden. Bei beiden Ministern spielen die bisherigen Erfahrungen mit den früheren Balkankriegen, insbesondere dem Bosnienkrieg und seinen 200.000 Toten, der großserbischen Politik Milosevic und seiner Vertragsuntreue, den Fehlern der internationalen Staatengemeinschaft sowie der Konfliktverlauf von 1998 eine hervorragende Rolle. Von der UCK und ihrer provozierenden Rolle in der Konfliktentwicklung ist keine Rede. Die Schuldzuweisung ist schwarz – weiß.

Gegenüber der Presse griffen Vertreter der Bundesregierung und insbesondere Scharping streckenweise zu einem rhetorischen und moralischen overkill. Bezüge zum Nationalsozialismus werden im Parlament wenig hergestellt: Scharping spricht einmal von der „Fratze der Kriege der ersten Jahrhunderthälfte“ (25.3.99), Fischer einmal von einer „rohen Form von Faschismus“, der darauf setze, „dass das eigene Volk das wichtigste ist und deswegen andere Völker vertrieben, unterdrückt und massakriert werden dürfen.“ (15.4.99) Fischers Grundmotiv ist die Gegenüberstellung des „Europas der Integration und der Menschenrechte“ und des „Europas des Nationalismus und der Gewalt“, des Europas der Zukunft und der Vergangenheit.

Im **Verteidigungsausschuss** und in der **Fraktion** war die Konfliktdarstellung mehr von aktuellen Fakten bestimmt und differenzierter. Die Rolle der UCK wurde nüchtern dargestellt. Schon am 18.11.1999 war von einer Zunahme der Auseinandersetzungen zwischen serbischen Kräften und UCK die Rede. Die UCK zeige ein zunehmend aggressives Verhalten. Sie erhalte neue Waffen, Fernmeldemittel und Uniformen vor allem aus dem Norden Albaniens und auch aus den albanischen Streitkräften. Man versuche auf beide Seiten und insbesondere die koso-vo-albanische Seite mäßigend einzuwirken. Angesichts des in der UCK verbreiteten warlord-Systems sei das aber nur begrenzt möglich. Den starken Geldzufluss an die UCK aus Deutschland wolle man über die Innenministerkonferenz beschneiden. Das sei wegen anderer Firmierung der Spendensammlungen juristisch schwierig. Bayern habe aber schon entsprechende Konsequenzen gezogen. Im Parlamentsinfo des BMVg 48/98 wurde die Einschätzung von SACEUR (NATO-Oberkommando Europa) wiedergegeben, dass es ein Zeitfenster von zwei bis vier Monaten für eine politische Lösung gebe. Sonst werde die Wiederaufnahme der Kämpfe im Frühjahr unausweichlich.

Am 19.1.1999, also vier Tage nach Racak, sprach **Fischer** in der Fraktion von einer dramatischen Zuspitzung. Beide Seiten würden Extremforderungen vertreten und seien der Kriegslogik verhaftet. Am 21.1.1999 konstatierte er in einem persönlichen Gespräch, dass sich die Lage in Richtung einer Bosnien-Situation entwickle. Die USA tendierten zu unilateralem Vorgehen. Was käme aber nach Luftschlägen? Das Beispiel des Irak zeige die Fragwürdigkeit eines solchen Vorgehens. Notwendig sei eine Gesamtregelung für den Kosovo und den Balkan. Auf allerhöchster Ebene von Kontaktgruppe und VN-Sicherheitsrat müsse auf eine Kosovo-Konferenz mit allen Parteien hingewirkt werden.

Am 17.3.1999 heißt es, die jugoslawischen Streitkräfte würden vermehrt die serbischen Sicherheitskräfte durch den Einsatz schwerer Waffen unterstützen. Personal der KVM werde zunehmend von Angehörigen der serbischen Kräfte und der serbischen Bevölkerung verbal und vereinzelt durch körperliche Gewalt bedroht. Das AA berichtet, es komme immer wieder zu einem bestimmten Verhaltensmuster, wo die UCK provoziere und serbische Kräfte mit unverhältnismäßigen Mitteln zurückschlugen. Dadurch bestehe die Gefahr einer Eskalation. Eine humanitäre Katastrophe könne unmittelbar bevorstehen. Ich zitiere die letzten drei Lageberichte des BMVg wonach Provokationen vor Ort im wesentlichen von der UCK ausgingen.

Am 24.3.1999 heißt es, nach Angaben des UNHCR befänden sich zurzeit mindestens 250.000 Menschen auf der Flucht, am letzten Wochenende sei ihre Zahl um 20.000 gestiegen. Nach letzten OSZE-Beobachtungen habe die jugoslawische Armee die festgelegten Obergrenzen weit überschritten und mit Aktionen begonnen, die man als „abschnittsweise Säuberung“ des Kosovo bezeichnen müsse.

Am 29.3.1999 werden Erkenntnisse über Misshandlungen, Massaker und Vertreibungsaktivitäten vorgetragen. Die jugoslawischen Kräfte verfolgten eine Taktik der verbrannten Erde, die bewusst auf die Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung ausgerichtet zu sein scheint. Gezielt werde Jagd auf ihre politische und intellektuelle Führungsschicht gemacht. Meldungen über Massenhinrichtungen häuften sich, seien aber nicht verifiziert.

Am 14.4.1999 wird von einem Schema berichtet, nach dem jugoslawische Einheiten Dörfer umstellten, die Bewohner auf Plätzen zusammentrieben und Identitätsnachweise vernichteten. Häuser würden geplündert und in Brand gesteckt. Die Zahlen zu den Flüchtlingen seien höchst unsicher und schwankend. Von 250.000 bis 400.000 Binnenvertriebenen sei die Rede.

Gewalteindämmung von oben: Mit Joschka Fischer in Albanien und Kosovo

(April 2001)

Am 6. April hatte ich die seltene Gelegenheit, Außenminister **Joschka Fischer** zu politischen Gesprächen in Tirana und Pristina zu begleiten. Die kleine Delegation bestand aus den für den westlichen Balkan zuständigen Spitzenbeamten des AA.

Hauptthema der Gespräche war die konzertierte Eindämmung der nationalistischen Gewalt seitens albanischer Extremisten in Mazedonien und im Kosovo. Die albanische Regierung soll in ihrem europaorientierten regionalen Stabilitätskurs bestärkt und unterstützt, die kosovo-albanischen Politiker zu einem aktiven Vorgehen gegen extremistische Gewalt und zu mehr Geduld und Vernunft in ihrem Unabhängigkeitsstreben gedrängt werden.

Die Gespräche fanden unmittelbar vor der Unterzeichnung des „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens“ zwischen Mazedonien und der EU am 9. April in Luxemburg statt.

Auf dem Weg nach Tirana ist die Fahrtstrecke einschließlich des kurzen – und einzigen Autobahnstücks – für den Staatskonvoi abgesperrt. Die leicht hügelige Landschaft ist übersät mit runden Erdbunkern zwischen zwei und ca. sechs Metern Durchmesser aus der Zeit antiimperialistischer Rundum- und Volksverteidigung. Viele Großplakatwände sind leer. Ein AA-Beamter erhält im Wagen die Meldung, bei einer Durchsuchungsaktion in einer kroatischen Bank in Mostar sei es zu erheblichen Ausschreitungen gegen Vertreter der internationalen Gemeinschaft gekommen. Wachposten und Personenschützer tragen hier wie auch in Pristina auffällig oft Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehre.

Gesprächspartner in Tirana sind nach dem Briefing durch den deutschen Botschafter Kiewitt nacheinander Außenminister Prof. Milo, Premierminister Meta und Staatspräsident Prof. Meidani. Im 25 Flugminuten entfernten Pristina finden im UNMIK-Gebäude Gespräche statt mit dem ehemaligen UCK-General und jetzigen Kommandeur des Kosovo Protection Corps Ceku, mit dem neuen KFOR-Kommandeur, dem norwegischen Generalleutnant Shiaker, der Vertreterin der Kosovo-Serben im „Interim Administrative Council“, Frau Trajkovic, dem Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs Hans Haekkerup und den albanischen Parteiführern Rugova, Thaci und Haradinaj.

Die Gespräche verlaufen sehr dicht, man kommt immer sofort zur Sache.

Mit den albanischen Spitzenpolitikern und den internationalen Repräsentanten ist es ein Dialog auf der Basis grundsätzlicher Übereinstimmung. Man spricht auf einer Wellenlänge.

Fischer lobt ausdrücklich die Rolle Albaniens in der Mazedonienkrise.

Die kosovo-albanischen Parteiführer und der KPC-Kommandeur haben sich hingegen zunächst einiges an Klartext vom deutschen Außenminister anzuhören. Mir kommen streckenweise Assoziationen zu einer Prüfungssituation.

Fischers Botschaft lautet: Die Gewaltakte albanischer Extremisten seien ein historischer Fehler. In Mazedonien gebe es sicher noch Anlass zu Veränderungen, die albanischen Mazedonier dürften sich nicht als Bürger zweiter Klasse fühlen. Aber heute sei eine ganz andere Lage als 1999. Heute gebe es keinerlei Rechtfertigung mehr für die Anwendung von Gewalt. Die Zeit des bewaffneten Kampfes sei endgültig vorbei. Wer die territoriale Integrität von Staaten infrage stelle, setze die Region in Brand.

Das Europa der Integration könne solche Gewaltauseinandersetzungen nicht hinnehmen. Jeder, der nach Europa wolle, müsse dieselben Prinzipien beachten. Gewalt gegen und Unterdrückung von Minderheiten seien damit unvereinbar. Die EU sei zu langandauernden Anstrengungen bereit. Bedingung sei allerdings der strikte Gewaltverzicht.

Man habe nicht gegen den großserbischen Nationalismus gekämpft, um nun einen großalbanischen zu bekommen. Den Albanern drohe ein dramatischer Verlust an Sympathie und Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft.

Er nennt Beispiele des funktionierenden Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten in Europa.

Sehr eindeutig und eindringlich appelliert Fischer an Rugova, Thaci und Haradinaj: Die Isolation der Extremisten sei von höchster Bedeutung und sie hätten dabei eine hervorragende Verantwortung. Die Lage der Minderheiten im Kosovo sei furchtbar. Das müsse sich ändern. Wenn der Eindruck entstehe, dass vom Kosovo Gewalt und großalbanischer Extremismus ausgehe, dann werde die Lösung der Fragen, die ihnen besonders am Herzen lägen, erst recht unmöglich. Wenn sie hingegen klug ihre Interessen verfolgen und Rücksicht auf die Interessen der Nachbarn nehmen würden, könne die Geschichte für sie einen positiven Verlauf nehmen. Notwendig seien Geduld, vertrauensbildende Prozesse, funktionierende Wirtschaft, Respektierung von Minderheitenrechten – und nicht der Griff zur Waffe.

Die Kosovo-Serben fordert Fischer auf, sich aktiv am Aufbau der Selbstverwaltung und an den kommenden Wahlen zu beteiligen.

Die mazedonischen Albaner müssten am 9. April bei der Unterzeichnung des „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens“ zwischen Mazedonien und der EU in Luxemburg auf jeden Fall dabei sein.

Die albanischen Spitzenpolitiker wirken überzeugt und überzeugend in ihrer europäischen Orientierung und ihrer aktiven Politik gegenüber albanischem Extremismus. Für diesen sei albanisches Territorium keine Basis, betont man angesichts der Medienberichte, von Albanien seien Bewaffnete nach Mazedonien eingesickert. In der sehr gebirgigen Grenzregion brauche man aber auch internationale Unterstützung zu ihrer besseren Überwachung.

Zugleich verweisen sie auch auf interne Ursachen des Konflikts. Wenn die albanischen Mazedonier im Dialog mehr Rechte bekämen, sei eine Explosion zu vermeiden.

Die kosovo-albanischen Spitzenvertreter distanzieren sich von der Gewalt, sprechen für Minderheitenschutz und Dialog. Auch wenn die Vokabeln stimmen, so klingen ihre Ausführungen weder überzeugt noch überzeugend. Hier scheinen erhebliche Verständigungsprobleme anzudauern.

Auf dem Weg **zwischen Flughafen und Innenstadt Pristina** sind im Unterschied zu Sarajevo nur vereinzelt kriegszerstörte Häuser zu sehen. Ein größerer Kasernenkomplex und eine Großkesselanlage liegen in Trümmern. Zwei orthodoxe Kirchen sind mit S-Draht abgesperrt und in der Nacht mit Scheinwerfern angestrahlt.

Der Staatskonvoi, begleitet von VN-Spezialpolizisten, kämpft sich in Brutalo-Fahrweise durch den dichten und störrischen Nachmittagsverkehr.

Bei den Treffen der Spitzenpolitiker und ihren Pressekonferenzen in Tirana und Pristina herrscht großer **Medienandrang**. Am nächsten Tag zurück in Deutschland finde ich nur in der SZ eine 22-Zeilen-Meldung von AP.

Wer ahnt schon, dass sich hinter dieser 08/15-Meldung über eine alltäglich erscheinende Außenminister-Visite aktive Friedenspolitik auf höchster Ebene verbirgt, ein wichtiger Beitrag zur Gewaltverhütung in einer kriegsträchtigen Region?

Was und wie hinter den Kulissen zwischen den „Mächtigen“ gesprochen wird, ob dabei aneinander vorbei geredet wird oder wirklich ein konstruktiver Dialog mit politischer Wirkung entsteht, bleibt für die Öffentlichkeit in der Regel verschlossen. Wahrgenommen werden vorrangig die öffentlichen verbalen Zeichen und Positionierungen

Umso aufschlussreicher war für mich, Joschka Fischer bei seiner diplomatischen Alltagsarbeit zu erleben, wo seine politische Klarheit und Überzeugungskraft in Höchstform waren, beim Zuhören, im Dialog, beim Klartextreden, im Eintreten für das Europa der Integration, der Minderheitenrechte und gegen die nationalistische Gewalt..

Das war nicht nur deutsche Außenpolitik, das war vor allem auch grün geprägte Friedenspolitik.

Langer Atem für Afghanistan

(Dezember 2002)

In Kürze entscheidet der Bundestag über die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Kabul und die Übernahme der militärischen Führung von ISAF durch das Deutsch-Niederländische Korps aus Münster. Die Obleute des Verteidigungsausschusses reisten deshalb in Begleitung

von Außenminister Joschka Fischer nach Kabul. Dabei war auch Winfried Nachtwei, MdB aus Münster und sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

Der Morgenflug über den Hindukusch ist wie ein Traum. Nach der Landung in Kabul sind die Spuren des Albtraums, des 23-jährigen Krieges, unübersehbar: ein riesiger Schrottplatz mit Flugzeugwracks, ein graues Meer von zerstörten Häusern. Aber dazwischen Marktstände, provisorische Tankstellen, Werkstätten, ja Fahrradparkplätze.

In der Nacht zuvor sind unweit des Feldlagers des deutschen Kontingents zwei un gelenkte Raketen niedergegangen. Das Regierungsviertel ist durch Slalomsperren und Checkpoints abgeriegelt. Am Sitz des Präsidenten haben schwerstbewaffnete Personenschützer alles im Blick.

Auffällig ist die verhältnismäßige Ausrüstung der Bundeswehrpatrouillen. Sicherheit will man nicht nur durch überlegene Ausrüstung, sondern vor allem auch durch Offenheit und Kontakt schaffen. Die Devise „Winken und Lächeln“ findet ein breites Echo. Soldaten unterstützen den Bau von Schulen, Polizeistationen und hinterlassen sichtbare Fortschritte. Schwere Waffen will man ausdrücklich nicht. Sie würden Vertrauensbildung eher behindern. Umfragen ergaben höchste Akzeptanzwerte für ISAF. Das deutsche Kontingent ist als zentrale Stütze von ISAF unverzichtbar. Ohne ISAF würde der sehr fragile Friedensprozess schnell zusammenbrechen. Der Besuch des Feldlagers lässt aber zugleich erahnen, wie strapaziös das halbe Jahr hier ist.

Afghanistan ist das am dichtesten mit Minen verseuchte Land der Erde. Sicherheit und Wiederaufbau sind ohne beschleunigte Minenräumung unmöglich. Jenseits des Rinnsals des Kabul-River liegt an einem Hang das Mine Detection & Dog Center. Das MDC hat sich auf die Zucht, das Training und den Einsatz von Hunden zur Minensuche spezialisiert. Es beschäftigt 1200 Mitarbeiter und verfügt über 211 Hunde. Die Bundesrepublik finanziert 50% des Jahresetats.

Schlüsselfrage des Friedensprozesses ist, wie die relative Stabilität von Kabul auch landesweit gefördert werden kann. Verbreitet ist die Forderung, ISAF-Truppen auch in Provinzstädten zu stationieren. Das würde ein Vielfaches der jetzigen Truppenstärke erfordern, die Anforderungen an Führung, Logistik potenzieren und das Risiko erheblich erhöhen. Dazu sind die Staaten nicht bereit.

Umso wichtiger ist deshalb die Förderung afghanischer Sicherheitsstrukturen. Hier ist die Bundesrepublik ganz vorne: Sie trägt die Führungsverantwortung beim Aufbau der afghanischen Polizei. 12 Beamte von BGS und Länderpolizeien beraten beim Aufbau von Polizei und Innenministerium, bei der Polizeiausbildung und Rauschmittelbekämpfung. Mit Hilfe des THW wurde innerhalb von acht Monaten die Polizeiakademie wieder aufgebaut. Hier werden inzwischen 1.400 Polizeischüler aus dem ganzen Land in ein- und dreijährigen Kursen zu Polizeiunteroffizieren und –offizieren ausgebildet. Inzwischen fand ein erster Workshop mit Polizeikommandeuren aus fast allen Provinzen statt. Die deutschen Polizeiberater sind so wirksam, weil sie sich auf etliche ältere Polizisten stützen können, die in der Vorkriegszeit in der Bundesrepublik eine Ausbildung absolviert hatten und ein rechtsstaatliches Polizeiverständnis haben.

In den Gesprächen mit Präsident Karsai, Ex-König Zahir Shah und dem VN-Sonderbeauftragten für Afghanistan Brahimi ist die Botschaft an die deutschen Gäste einmütig und keine bloße Höflichkeit: Höchstes Lob für das deutsche Engagement, größtes Vertrauen in Deutschland und die Aufforderung, die Führungsrolle bei ISAF so lange wie möglich zu übernehmen und andere Führungsrollen noch dazu.

Beides müssen die deutschen Gäste ablehnen: Es würde die Bundesrepublik überfordern und die gemeinsame Verantwortung der Staatengemeinschaft unterhöhlen. Der Besuch und die Gespräche in Kabul machen aber eindringlich klar, wie groß die Fortschritte im Jahr 1 nach dem Krieg sind, wie zentral dabei die Arbeit der deutschen Helfer, Soldaten, Polizeiexperten,

Diplomaten ist – und dass der Frieden noch lange nicht gewonnen ist. Die starke und vor allem verlässliche Unterstützung der Staatengemeinschaft ist unabdingbar. Mit der Übernahme der Führungsrolle bei ISAF beweisen die Niederlande und Deutschland, dass sie dazu bereit sind.

Kommentar zum Wirbel um das Spiegel-Interview von Joschka Fischer

(31. Dezember 2002)

Das jüngste Spiegel-Interview von Außenminister Joschka Fischer bedeutet keine Abkehr von der bisherigen Ablehnung eines etwaigen Irak-Krieges. Wer sich **nicht** mit den verdrehenden Vorab-Überschriften vom Wochenende begnügt und das Interview **im Wortlaut** liest, wird feststellen:

Fischer begründet erneut, warum ein Irak-Krieg nicht zu rechtfertigen und nicht zu verantworten ist und die Bundesrepublik sich deshalb militärisch nicht beteiligen wird: Die Eindämmung Saddam Husseins habe bisher funktioniert; eine Verbindung zum internationalen Terrorismus sei nicht erkennbar; dessen Bekämpfung habe oberste Priorität; ein Irak-Krieg würde aber die Prioritäten vertauschen, den Zusammenhalt der Anti-Terror-Koalition sowie die regionale Stabilität gefährden - und damit auch die Sicherheitsinteressen Europas als direktem Nachbarn betreffen. Insofern unterscheidet sich ein etwaiger Irak-Krieg grundlegend vom Kosovo-Krieg und Enduring-Freedom.

Ab Januar steht die Bundesregierung vor der Herausforderung, im Sinne dieser Grundpositionen im VN-Sicherheitsrat zu wirken: für die Umsetzung der VN-Resolutionen gegenüber dem Irak und seine friedliche Entwaffnung, für die Verhinderung eines Irak-Krieges und eine deutsche Nichtbeteiligung im schlimmsten Fall eines solchen Krieges. Als Mitglied des Sicherheitsrates wird sie in unausweichliche Entscheidungssituationen kommen.

Wenn Fischer eine Festlegung für den möglichen, aber mit vielen Unbekannten behafteten Fall einer erneuten Sicherheitsratsentscheidung jetzt ablehnt, ist das kein Kurswechsel, sondern richtig und ein Gebot diplomatischer Klugheit. Die Grundpositionen sind eindeutig und bleiben. Jetzt kommt es verstärkt auf ihre diplomatische Umsetzung an. Kategorische Festlegungen für ein Verhalten im unklaren Einzelfall würde die Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik auf dem diplomatischen Glatteis nicht stärken, sondern massiv schwächen. (Dass wir intern verschiedene Optionen diskutieren und aus der Defensive heraus müssen, steht auf einem anderen Blatt.) Hieraus ein "halbes Ja zum Krieg" (Spiegel-Online) zu schlussfolgern, ist eine Unterstellung und Verfälschung.

Die Bundesregierung wird in den kommenden Monaten in zentraler Weise Mitverantwortung für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden übernehmen. Dass sie und wir dabei erhebliche Klippen zu umschiffen haben, ist absehbar. Die internationalen und innenpolitischen Explosionsgefahren sind enorm. Es kommt darauf an, der eigenen Regierung bei ihrem Kurs einer nichtkriegerischen Konfliktlösung den Rücken zu stärken.

Eine breite Negativkoalition betreibt – aus z.T. gegensätzlichen Interessen - genau das Gegenteil:

Die konservative Opposition suggeriert seit Wochen, Rot-Grün falle schrittweise um und bereite den nächsten großen Wahlbetrug vor. Zugleich kündigt die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, ihre Partei und Fraktion werde gegebenenfalls einem Irak-Krieg und einer deutschen Beteiligung daran zustimmen. Indem sie kein Wort verliert zu den erklärten Absichten der US-Hardliner und den Gefahren eines Irak-Krieges, macht sich die konservative Opposition

zum Schützenhilfen derjenigen, die einen Irak-Krieg wollen und die Bundesregierung direkt und indirekt unter Druck setzen.

Merkwürdigerweise erregt das in der Öffentlichkeit weder Aufmerksamkeit noch Kritik. Zu verbreitet ist offensichtlich das Abfinden mit dem angeblich unausweichlichen Irak-Krieg – in einem Großteil der Medien wie in Teilen der Friedensbewegung. Auch hier überwiegt die Fixierung auf das angebliche rot-grüne „Umfallen“ und ist wenig Interesse daran zu spüren, wie der richtige Anti-Kriegs-Kurs auf dem diplomatischen Glatteis und unter den Bedingungen multilateraler Außenpolitik durchgehalten und wirksam gemacht werden kann, wie die Friedenschance best möglich genutzt werden kann.

In einen Krieg führen viele Wege. Ein breiter ist die Kapitulation vor dem Krieg.

Gemeinsam für eine friedliche Lösung der Irak-Krise!

(21. Februar 2003)

Der Militäraufmarsch am Golf läuft auf Hochtouren. Krieg scheint unausweichlich. 80% der EU-Europäer, die Nachbarstaaten des Irak, die Kirchen sind gegen den Krieg. Er darf nicht unausweichlich sein.

Der Kampf um die Legitimation eines Irak-Krieges spitzt sich zu. In der zweitägigen offenen Sicherheitsratsdebatte sprachen sich die allermeisten Staaten für die Fortsetzung und Stärkung der Inspektionen aus. Die US-Administration führt den Kampf um Unterstützer, um die amerikanische und internationale Öffentlichkeit strategisch und mit allen Mitteln. Nach den Erfahrungen aus den Zeiten vor dem Vietnamkrieg und dem Zweiten Golfkrieg muss mit einer Inszenierung von Kriegslegitimation gerechnet werden.

Friedliche Abrüstung hat sich bewährt

Das Regime des Saddam Hussein ist eine besonders brutale Diktatur und erklärter Todfeind Israels. Er strebt nach Massenvernichtungswaffen und hat diese auch schon eingesetzt. Die Vereinten Nationen haben deshalb völlig Recht mit ihrer Forderung, dass der Irak seine Aktivitäten im Bereich Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen uneingeschränkt offen legen und einstellen muss. 1991 bis 1998 vernichteten die VN-Kontrolleure den allergrößten Teil der irakischen Massenvernichtungswaffen, ballistischen Raketen und Produktionsanlagen.

In den letzten Jahren wurde der Irak wirksam eingedämmt. Hierzu hat die Bundesrepublik seit 1991 aktiv beigetragen. Vom Irak geht nach allen bisherigen Erkenntnissen keine akute Gefahr für seine Nachbarn, gar für Europa und die USA aus.

An dieser Lageeinschätzung hat auch der Vortrag von US-Außenminister Powell vor dem Sicherheitsrat am 5. Februar nichts geändert. Dabei lobte er auch ein britisches Dossier, das zum großen Teil Kopie eines studentischen Forschungsberichts mit z.T. 12 Jahre alten Informationen ist. Die US-Hinweise müssen nun von den Inspektoren und den SR-Mitgliedsstaaten überprüft werden. Dass die US-Regierung ihre Erkenntnisse den Rüstungskontrolleuren nicht sofort zur Verfügung gestellt hat, ist wahrlich nicht die „rückhaltlose Unterstützung“ für UNMOVIC und IAEO, wie sie die Resolution 1441 von allen Mitgliedsstaaten verlangt. Im Sicherheitsrat sprachen sich elf der fünfzehn Außenminister für die Fortsetzung der Inspektionen aus.

Zurzeit können die VN- und IAEO-Rüstungsinspektoren im Irak so gut arbeiten wie nie zuvor. Bisher wurden keine Massenvernichtungswaffen und Produktionsanlagen gefunden. Für Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken gibt es weiterhin keine stichhaltigen Hinweise – so z.B. der britische und deutsche Nachrichtendienst. Noch viele offene Fragen bestehen zu Altbeständen. Die VN-Kontrolleure vermissen auf Seiten des Irak aktive Kooperati-

onsbereitschaft, konstatierten in ihrem Bericht am 14. Februar aber Fortschritte. Inzwischen erfolgten erste U-2-Aufklärungsflüge. Der Irak muss die Resolution 1441 des VN-Sicherheitsrates uneingeschränkt erfüllen.

Mit Hilfe eines dauerhaften und intensivierten Rüstungskontrollregimes kann der Irak wirksam kontrolliert und entwaffnet werden. Das gilt auch und umso mehr für den Fall, dass dem Irak von den Rüstungskontrollern doch noch massive Verstöße gegen die Resolution 1441 nachgewiesen werden sollten.

Einzig legitime Instanz zur Bewertung der UNMOVIC- und IAEO-Erkenntnisse muss der VN-Sicherheitsrat bleiben. Ausschließlich er darf Entscheidungsinstanz über Krieg und Frieden sein. Eine Militärintervention allein auf Grundlage der Resolution 1441 würde die Schwelle für Ausnahmen vom internationalen Gewaltverbot enorm absenken und somit das Völkerrecht die VN und das Völkerrecht schwächen. Ein solches Vorgehen wäre völkerrechtlich höchst strittig. Für eine Kriegsermächtigung wäre eine zweite Resolution des Sicherheitsrates politisch notwendig.

Krieg: Nicht zu rechtfertigen, nicht zu verantworten

Wo friedliche Mittel aussichtsreich und längst nicht ausgeschöpft sind, wo es den USA ausdrücklich um einen Regimewechsel geht, ist ein kriegerisches Vorgehen gegen den Irak nicht zu rechtfertigen. Es wäre ein „Präventivkrieg“ gemäß der neuen US-Doktrin der „präventiven Selbstverteidigung“ und Teil einer strategischen Neuausrichtung der US-Weltpolitik, die den offensiven „Krieg gegen den Terror“ mit dem ggfs. „präventiven“ Krieg gegen „Terrorstaaten“ verbindet. Diese unterhöhlt das internationale Gewaltverbot, stellt Krieg in das Belieben der Stärkeren und zerstört damit das Völkerrecht.

Ein Krieg ist wegen der seiner unabsehbaren Folgen für die Region, für die internationale Sicherheit und Weltwirtschaft auch nicht zu verantworten.

- Die Kriegsfraktion in der US-Regierung setzt auf eine in wenigen Wochen siegreiche Intervention. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. Das Kriegsziel Regimewechsel bedeutet Kampf um Bagdad, wo die US-Streitkräfte ihre technologische Überlegenheit nur noch begrenzt ausspielen könnten. Die VN rechnen mit einer halben Million Verwundeter und Toter und mehreren Millionen Flüchtlingen. In einer von Diktatur und Wirtschaftssanktionen geschwächten Gesellschaft gäbe es besonders viele Opfer unter der Zivilbevölkerung. Die menschlichen Folgen einer Intervention müssen umso mehr betont werden, als US-Militärs alles darauf setzen, durch Lenkung der Medienberichterstattung die Opfer der anderen Seite so unsichtbar wie möglich zu machen.

- Ein Krieg gegen den Irak würde weltweit antiamerikanische und antiwestliche Stimmungen, Hass und Gewalt schüren und dem internationalen Terrorismus massenhaft Anhänger und Kämpfer zutreiben. Die sowieso schon äußerst schwierige und mühsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus würde zurückgeworfen. Nach dem islamischen Fundamentalismus würden die USA nun auch den arabischen Nationalismus gegen sich aufbringen. Das alles wäre Öl ins Feuer des Kampfes der Kulturen, in dessen Falle gerade internationaler islamistischer Terror den Westen locken will.

- Der äußerst fragile Friedensprozess in Afghanistan würde massiv unter Druck geraten. Die Sicherheitslage für die internationalen Aufbauhelfer und Soldaten, darunter das große deutsche Kontingent mit Führungsverantwortung, würde sich zuspitzen.

- Auch bei einem schnellen militärischen Sieg bleibt die Frage nach dem Danach. Wer einen Regimewechsel will, übernimmt zwangsläufig Verantwortung dafür. Da die irakische Opposition äußerst zerstritten und schwach ist und die akute Gefahr eines Auseinanderbrechens des Irak besteht, wäre ein US-Militärprotektorat über Jahre die Konsequenz. Dazu ist die US-

Öffentlichkeit nicht bereit und dafür fehlen weltweit die Mittel. Auf dem Balkan und in Afghanistan hat die Internationale Gemeinschaft schon allergrößte Probleme, mit Friedenskonsolidierung und Nation Building voran zu kommen.

Der Vergleich mit Deutschland und Japan nach 1945 führt in die Irre. Die Vorstellung, den Irak nach einem imperialen Krieg zu demokratisieren und darüber die Neuordnung des ganzen Nahen Ostens anzustoßen, ist angesichts realer Hegemonialinteressen unglaublich und zugleich völlig illusionär. Nicht die Demokratisierung der Region, sondern ihre Chaotisierung wäre die absehbare Folge eines kriegerischen Regimewechsels.

- Die Destabilisierung der europäischen Nachbarregion hätte unmittelbare Konsequenzen für die europäische Sicherheit. Über Eskalationen in Richtung Türkei, in Afghanistan und mit Israel sowie eine weltweite Terroroffensive könnte die Bundesrepublik auch direkt einbezogen werden.

Die Kriegs- und Folgekosten für die USA werden – je nach Szenario - auf 100 bis 2000 Mrd. US-Dollar für die nächsten zehn Jahre geschätzt. Ein längerer Krieg hätte über eine Ölpreis-Explosion eine weltweite Rezession zur Folge.

Nach aller politischer und friedensethischer Auseinandersetzung um die Legitimität deutscher Beteiligungen am Kosovokrieg und an der militärischen Bekämpfung des Terrorismus in den letzten Jahren:

Der drohende Irak-Krieg ist keine legitime Selbstverteidigung, keine „humanitäre Intervention“ und keine „Krisenbewältigung“. Er wäre der Prototyp eines ungerechtfertigten Krieges und würde deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen massiv zuwider laufen.

(...)

Je schwächer die Argumente der US-Administration für ein kriegerisches Vorgehen sind, desto massiver und rücksichtsloser wird Druck auf SR-Mitglieder, Verbündete und Anrainerstaaten des Irak ausgeübt, um deren politische und logistische Unterstützung oder zumindest Duldung zu erreichen. Staaten, die auf Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe der USA angewiesen sind, droht der Entzug von Hilfen. Andere werden „gekauft“. Wo wie im Fall der Bundesrepublik solche handfesten Erpressungen zunächst noch weniger opportun sind, wird politisch ein Disziplinierungs-Exempel statuiert – zur Warnung an alle potentiellen Abweichler. Risse zwischen den europäischen Staaten, zwischen älteren und neueren Partnern in EU und NATO werden gezielt geschürt, um Deutschland und Frankreich zu isolieren.

Eine solche Politik beschädigt das transatlantische Verhältnis, das immer eine Partnerschaft sowie eine Interessen- und Wertegemeinschaft sein sollte, in seinen Grundfesten.

Alternativen zum Krieg

Das irakische Regime muss die Resolution 1441 uneingeschränkt erfüllen und aktiv mit den Rüstungskontrolleuren zusammenarbeiten.

Auswege wären der Rückzug Saddam Husseins in ein Exil oder ein Putsch. Beides gilt als sehr unwahrscheinlich.

Die Rüstungsinspektoren von UNMOVIC und IAEO brauchen nicht Wochen, sondern Monate, um ihren Auftrag seriös durchzuführen.

Ein ausdauerndes und robustes Rüstungskontrollregime im Irak bietet die beste Gewähr für seine wirksame Entwaffnung. Dafür muss die Zahl der Inspektoren deutlich erhöht werden und noch effektivere Aufklärungsfähigkeiten (U-2-Flugzeuge, Hubschrauber, Luna-Drohne) zum Einsatz kommen.

Das sollte einhergehen mit der Entsendung von VN-Menschenrechtsbeobachtern in den Irak, der gezielten Unterstützung demokratisch orientierter Kräfte in der irakischen Opposition und der Aufhebung des kontraproduktiven, katastrophalen Embargos.

Die langjährige USA-Korrespondentin der taz, Andrea Böhm, hält zur Durchsetzung des Kontrollregimes die Androhung von Militärschlägen für unerlässlich. (taz 3.2.03) Offenkundig hat

die Kriegsdrohung der USA den VN-Kontrolleuren ihre Arbeit erheblich erleichtert. Aber aus der Kosovo-Krise ergab sich die nachdrückliche Erfahrung: Wer droht, muss auch zur Umsetzung der Drohung mit allen ihren Konsequenzen bereit sein, muss also ihre Verantwortbarkeit prüfen und darf nicht einfach auf die Wirksamkeit eines Bluff bauen.

Über den Irak hinaus müssen die bestehenden Rüstungskontrollregime zu Massenvernichtungswaffen wirksamer gemacht werden. Ausgerechnet die USA widersetzen sich aber einem Kontrollregime im Bereich Biowaffen und betreiben eine Deregulierung von vertragsgestützter Rüstungskontrolle.

Vorrang muss die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Lösung von Regionalkonflikten haben. Dabei spielt die Eindämmung und Regulierung des israelisch-palästinensischen Konfliktes die Schlüsselrolle. Ein Irak-Krieg stellt diese Prioritäten auf den Kopf.

Deutsche Position, Verantwortung und Nichtbeteiligung

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich so früh und so deutlich gegen einen Irak-Krieg und gegen eine Beteiligung daran ausgesprochen wie keine andere vergleichbare Regierung. Sie geht zurück auf den Bundestagsbeschluss vom November 2001, als der Einbeziehung des Irak in die militärische Bekämpfung des Terrorismus eine Absage erteilt wurde. (vgl. Gunter Hofmann: Der lange Weg zum lauten Nein, Zeit 23.1.2003) Bei **Joschka Fischer** habe ich seit Februar 2002 vor und insbesondere hinter den Kulissen persönlich miterlebt, wie grundsätzlich und strategisch seine Ablehnung eines Irak-Krieges ist – gerade als Realpolitiker und Kenner des Nahen Ostens.

Die deutsche Anti-Kriegs-Position war und ist international von größter Bedeutung. Sie repräsentiert wie keine andere Regierung die Anti-Kriegs-Haltung nicht nur der europäischen Zivilgesellschaft. Kategorische Botschaften brachten Massenwirkung im Wahlkampf. Sie beschränkten aber zugleich die diplomatische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik, insbesondere im Hinblick auf eine gemeinsame europäische Position. Hier blieb es bei der traditionellen Uneinigkeit in der EU in Sachen Irak. Das uneinige Regierungs-Europa überließ der US-Politik das Feld.

Als Mitglied des VN-Sicherheitsrates und mit dem Vorsitz im Februar trägt die Bundesregierung zentrale Mitverantwortung, für die dauerhafte Abrüstung des Irak und für eine friedliche Lösung zu wirken. Dabei gilt es zugleich, die Autorität der VN als einzig legitimer Entscheidungsinstanz über Krieg und Frieden zu wahren und Schäden für das transatlantische Verhältnis, die europäische Integration und die Position Deutschlands unter seinen Partnern zu begrenzen. Die Bundesregierung hat eindeutig zugesagt, ihre Politik und ihr Stimmverhalten an diesen Grundpositionen ausrichten.

Zugleich hat sie den USA die volle Bewegungsfreiheit auf deutschem Hoheitsgebiet und den Schutz von US-Liegenschaften garantiert. Das ist angesichts der politischen Verpflichtungen gegenüber dem größten Bündnispartner zunächst selbstverständlich. Es würde aber zu einem heiklen Problem, wenn eine US-Militärintervention im Irak gegen das Völkerrecht verstoßen würde. Eine über die Nichtbeteiligung hinausgehende aktive Behinderung der Verbündeten USA und Großbritannien würde deren Aufmarsch und Nachschub erheblich erschweren. Die transatlantische Partnerschaft und die NATO würde das in ihren Grundfesten treffen. Hier muss ein Weg gefunden werden, der weder im Völkerrechtsbruch noch im Bündnisbruch endet.

(...)

Anfragen zur **aktiven Unterstützung** (Militärpolizei, regionale Raketenabwehr, ABC-Abwehrkapazitäten) wurden abgelehnt. Von einer kriegswilligen Bundesregierung hätte noch einiges mehr angefordert werden können – z.B. ECR-Tornados, die den deutschen Anteil am Kosovo-Luftkrieg ausmachten. Hinsichtlich der AWACS-Flugzeuge ist die Linie klar: Sie

dürfen nur zur Luftraumüberwachung über Bündnisgebiet eingesetzt werden. Zielerfassung und Feuerleitaufgaben sind tabu. Alles andere wäre „Einsatz bewaffneter Streitkräfte“ außerhalb des Bündnisgebietes, worüber der Bundestag beschließen müsste.

Abgelehnt wurde auch jede Beteiligung an den Kriegskosten. 1991 hatte die Bundesrepublik ca. 18 Mrd. DM zugeschossen. (...)

Die **Ablehnung von Soldaten, Gerät und Geld** für einen Irak-Krieg ist politisch von höchster Bedeutung und sollte nicht – wie von Opposition und Teilen der Friedensbewegung geschehen – klein geredet werden.

Im Wahlkampf wurden allerdings zum Teil Erwartungen geweckt, als könne sich die Bundesrepublik nach eigenem Gutdünken aus ihren vertraglichen und politischen Bündnisverpflichtungen verabschieden. Tatsache ist aber, dass es für ein Deutschland, das glücklicherweise eng in multilaterale Zusammenhänge eingebunden ist und bleiben muss, selbstverständlich eigene Positionen, aber keinen „deutschen Weg“ und keinen Alleingang, kein absolutes „Ohne mich“ gibt. Ein deutscher Unilateralismus würde – unabhängig von den Motiven – von den europäischen Nachbarn schnell als bedrohlich empfunden.

Eine **Isolation** Deutschlands in EU und NATO würde die europäische Integration zurückwerfen und zentrifugale Kräfte stärken, politischen Einfluss der Bundesrepublik gravierend mindern und grundlegende deutsche Interessen beschädigen.

Die Isolationsgefahr realistisch und ohne Überdramatisierung oder Verharmlosung einzuschätzen, fällt schwer. Falsch ist, diese Gefahr in Reaktion auf die Polemik der Opposition zu leugnen. Auf diplomatischer Ebene ist der Bedeutungsverlust zum Teil Fakt. Zu kurz greift, eine eventuelle deutsche Marginalisierung und Isolation auf Ebene der Regierungen gegen die breite internationale gesellschaftliche Akzeptanz der deutschen Position aufzurechnen und als erträglich erscheinen zu lassen. Bei den zwischenstaatlichen Beziehungen geht es um Vertrauenskapital und Kooperationsfähigkeit, Macht und Einfluss und den vielfältigen Konsequenzen daraus.

Verkompliziert wird die Abschätzung von Isolationsrisiken durch den Zeitfaktor: Anfang Februar schien diese Gefahr erheblich. Mit der Französisch-Deutsch-Russischen Erklärung wendete sich das Blatt. Seit den Sitzungen des Sicherheitsrates ab 14. Februar und den weltweiten Massendemonstrationen geraten umgekehrt die kriegswilligen Regierungen, angefangen bei Tony Blair, in eine beispiellose Isolation. Beunruhigend sind die von etlichen Medien und Politikern bewusst geschürten antifranzösischen und antieuropäischen Stimmungen.

Um auf dem diplomatischen Glatteis gesprächs- und verhandlungsfähig zu sein, braucht die Bundesregierung, braucht der für die operative Umsetzung von Friedenspolitik verantwortliche **Außenminister** Bewegungsfreiheiten. Deshalb sind detaillierte Festlegungen künftigen Verhaltens angesichts der vielen Unbekannten nicht sinnvoll. Etwas anderes und völlig legitim ist, an die Bundesregierung Erwartungen und Forderungen zu richten.

Konservative Opposition

CDU/CSU und FDP greifen seit Wochen massiv die Anti-Kriegs-Position von Rot-Grün an, reden die Kriegsrisiken klein und halten sich die Möglichkeit einer deutschen Kriegsunterstützung offen. Indem sie zugleich jede Kritik am Kurs der Bush-Administration als „Anti-amerikanismus“ diffamieren und auf Abweichler mit der Bündnis-Keule eindreschen, machen sie sich zum Schützenhelfer der amerikanischen Kriegsfraktion.

Die Opposition wirkt dabei mit solchen Medien zusammen, die aus innenpolitischen Motiven ausschließlich nach Glaubwürdigkeitsverlusten von Rot-Grün suchen und am Absturz der Koalition bei ihrer Gradwanderung interessiert zu sein scheinen.

Nachdem die Union ihre Kritik an der Bundesregierung zunächst auf Verfahrens- und Beziehungsfragen konzentrierte und der Kernfrage nach dem Für und Wider eines Irak-Krieges auswich, „schwenkt“ sie seit den Landtagswahlen deutlich „auf Bush-Kurs ein“. (SZ 7.2.) Auf der Münchener Sicherheitskonferenz erklärte die CDU-Vorsitzende Merkel die Unterstützung

der Union für eine Militäraktion gegen Saddam Hussein. Die Bundeswehr soll sich an einer solchen Aktion beteiligen.

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Schmidt forderte inzwischen die Bundesregierung auf, wegen ihrer „starren Anti-Kriegs-Position“ die Präsidentschaft im Sicherheitsrat abzugeben. Damit votiert Schmidt nicht nur für eine flexible Kriegs-Position, sondern sabotiert offen die deutschen Bemühungen für eine friedliche Lösung. Unionspolitiker führen besonders eifrig „deutsche Interessen“ im Mund. Doch die sind ihnen offenbar egal, wenn es um parteipolitische Interessen geht.

Zur Erinnerung: Wenn CDU/CSU-Politiker Verständnis für die Attacken von US-Verteidigungsminister Rumsfeld auf die Bundesregierung äußern, dann finden jetzt politische Richtungen zusammen, die in den 80er Jahren schon einmal zusammenwirkten. Damals leistete die Reagan-Administration dem Irak massive Unterstützung beim Krieg gegen den Irak. Dabei spielte Donald Rumsfeld eine Schlüsselrolle. Mit Duldung der CDU/CSU-FDP-Regierung leisten deutsche Firmen zentrale Beiträge zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und weiter reichenden Raketen im Irak. Und beide waren beim großen Appeasement gegenüber dem Irak dabei, als dieser Chemiewaffen gegen den Iran und einheimische Bevölkerung einsetzte.

Die Ablehnung eines Irak-Krieges reicht weit in die Wählerschaft von CDU/CSU. Die Politik der Unionsführung ist verlogen, opportunistisch und gefährlich zugleich. (...)

Adressat und Partner USA

Adressat aller Friedensappelle und –bemühungen muss die US-amerikanische Öffentlichkeit und das „Andere Amerika“ sein. Nicht wichtige Verbündete, nicht der Papst, nur das „Meinungsklima“ in den USA scheint für die Kriegsfraktion in der US-Regierung noch eine Autorität zu sein. Entscheidend wird sein, ob ein Weg gefunden wird, auf dem Präsident Bush ohne Gesichtsverlust von einem Krieg Abstand nehmen kann.

Offene Ohren werden wir nur finden können, wenn wir jede Pauschalisierung und jeden Anti-Amerikanismus vermeiden und alle Kritik an der US-Politik so deutlich wie präzise formulieren. Wir verwechseln die Falken und die Kriegsfraktion nicht mit den USA. Wir wissen um die Vielfalt der USA und die scharfe Kritik des „Anderen Amerika“ an der eigenen Regierung. Wir sind uns bewusst, was die Europäer und besonders die Deutschen den USA zu verdanken haben und dass die USA die Anstöße zu den Vereinten Nationen gaben. Wir wissen, dass die Balkan-Kriege nur mit den USA erstickt werden konnten. Wir sind uns bewusst, dass wir nur gemeinsam mit den USA die großen globalen Herausforderungen bewältigen können. Gerade deshalb werben wir bei unseren amerikanischen Freunden für eine friedliche Lösung des Irak-Konfliktes und gegen den Auszug ihrer Regierung aus der transatlantischen Wertegemeinschaft.

In diesem Sinne sollten wir sprechen, handeln und demonstrieren.

In diesem Sinne sollten wir alle unsere Bekannten, Freunde, Partnergemeinden und -organisationen in den USA, aber auch in Großbritannien, Spanien, Mittel- und Südosteuropa ansprechen und vor allem mit ihnen sprechen– per e-mail, Fax und Telefon. Notwendig sind Dialoge. Gegenseitige Monologe fördern nur die Schwerhörigkeit.

Persönliche Kurzmeldungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik

1. Juli 2005 Vertrauensfrage des Bundeskanzlers im Bundestag:

Zu Recht ist der Himmel über Berlin heute düster. Genauso ist die Stimmung, allerdings noch ohne das Gefühl des historischen Moments. In der Fraktion gibt der Kanzler nur ein Summary seiner Rede. Die erhoffte Möglichkeit, ihm was zurückspiegeln zu können zu seiner Loyalitätsaufkündigung, besteht dann doch nicht.

Im Plenum stellt er seine Sicht der Dinge nachvollziehbar und staatsmännisch dar. Angesichts des mit den ständigen Wahniederlagen der SPD sichtbaren Legitimitätsverlustes für seinen Kurs ist die Rückgabe des Wählerauftrages an den Souverän angemessen. Um die nach seiner Auffassung unzureichende stetige Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu belegen, verweist der Kanzler überraschenderweise aber auch auf „Planbarkeit und Verlässlichkeit“ besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik, dabei der „Vertiefung unserer Beziehungen zu Russland“ und dem „Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu China“. Hierfür sei die Bundesregierung auf die „Geschlossenheit der Koalitionsfraktionen angewiesen. Auch hier sind vermehrt abweichende, jedenfalls die Mehrheit gefährdende Stimmen laut geworden.“ Wir Grüne und nicht zuletzt auch ich sind damit angesprochen.

Richtig ist, dass in Sachen China und Russland (Tschetschenien) die Politik des Kanzlers in der Koalition auf heftigen und breiten Widerspruch stieß, dass die Lieferung der Hanauer MOX-Fabrik sowie die Aufhebung des EU-Waffenembargos erfolgreich blockiert wurde. (Dabei hatte ich eine „federführende“ Rolle.) Hier war aber ganz und gar nicht die „Abweichung“ von Abgeordneten das Problem, sondern die Eigenmächtigkeit und Abweichung des Kanzlers gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Koalitionsfraktionen und dem Geist der Koalitionsvereinbarung. Seine Politik – auch in Sachen Rüstungsexporten insgesamt – und sein Führungsstil überschatteten zunehmend das gute Ansehen rot-grüner Außenpolitik, die ja Friedenspolitik sein will. An die Stelle vorausschauender Sicherheitspolitik trat zunehmend kurzsichtige Beziehungspflege und Außenwirtschaftsförderung.

Nach der Kanzlerrede zum EU-Waffenembargo hatte er erstmalig von unserer Fraktion keinen Beifall bekommen. Das wiederholt sich heute. Abschiedsstimmung kommt hoch. Rot-Grün scheint zu Ende.

Angestachelt durch Angela Merkel wirft **Joschka Fischer** 90 Minuten später die Stimmung wieder voll rum. Jetzt geht's nach vorne!

Erneuerung in der Opposition: Empfehlungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Grünen und zur Kooperation mit Friedensbewegung, Friedensforschung und Friedenspraxis (Februar/März 2006)

Nach den ersten Monaten in der Opposition und nach Teilnahme an mehreren friedenspolitischen Konferenzen werden meines Erachtens die Anforderungen und Erwartungen an grüne Friedenspolitik in der Opposition deutlicher.

- (1) Die bündnisgrüne Friedens- und Sicherheitspolitik braucht **Erneuerung durch Revitalisierung**, konzeptionelle Vertiefung, personelle Verbreiterung und Profilschärfung. Unsere friedenspolitischen Positionen brauchen selbstverständlich Weiterentwicklung, aber nicht ein „zurück vor 1998“. Eine Rückbesinnung auf unsere Wurzeln ist angebracht, eine Rückentwicklung keineswegs.

Ohne eine solche Erneuerung droht ein Kompetenz- und Zustimmungsverlust in einem von der Sache her und für uns und unsere WählerInnen entscheidenden Politikfeld. Ohne eine solche Erneuerung werden wir bei kommenden, harten sicherheitspolitischen Herausforderungen in gefährliche Zerreißproben kommen.

- (2) Das allgemeine **Interesse an Friedens- und Sicherheitspolitik** ist äußerst wechselhaft: Zu „Normalzeiten“ beschäftigt sie nur die Fachleute, wenige Friedensbewegte und wenige Grüne. Im Angesicht zugespitzter Kriegsgefahr mit deutsch-amerikanischer Verwicklung kann sich das schlagartig ändern. Dann interessiert Friedenspolitik alle, mobilisiert viele und kann wahlentscheidend sein. Friedens- und Sicherheitspolitik ist eine Art „Schläfer-Thema“, latent politisch explosiv, insbesondere für die Grünen.

Über die letzten Jahre ging das Interesse an Friedens- und Sicherheitspolitik in der Bevölkerung, aber auch in den Parteien, ständig zurück. Daran änderte auch die radikalste Bundeswehrreform seit ihrer Gründung nichts. Die Dominanz der Innenpolitik geht mit sinkender Zustimmung zu einer Politik internationaler Verantwortung einher. Dass Friedenspolitik fundamental und ohne Frieden alles andere nichts ist, ist weitgehend Konsens, schlägt sich aber nicht angemessen im politischen Alltag nieder.

- (3) **Bild und Wahrnehmung grüner Friedens- und Sicherheitspolitik** sind widersprüchlich. In der Eigen- wie in der Fremdwahrnehmung gelten die Grünen weiter als Friedenspartei, die aus der Friedensbewegung kommt, mal pazifistisch und gegen NATO und Bundeswehr war und – verkörpert durch einen grünen **Außenminister** - außenpolitikfähig wurde. Was von den einen als Erfahrungs- und Wandlungsprozess anerkannt wird, ist anderen – darunter vielen Alt-Grünen – eine Geschichte von Anpassung und Verrat.

Geblichen ist die Erwartung, dass Grüne trotz aller Regierungskompromisse in besonderer Weise für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, friedliche Konfliktlösung und Abrüstung eintreten. Beim Thema Rüstungsexporte zeigte sich das exemplarisch – und in dem ganzen Dilemma eines kleineren Koalitionspartners zwischen Dissens, begrenzter Macht und Mithaftung.

Im Widerspruch zur Selbstwahrnehmung vieler Grüner hatte bei der letzten Bundestagswahl Außen- und Friedenspolitik einen hohen Stellenwert bei der Kompetenzzuschreibung für Grüne (zweitwichtigste Kompetenz bei Befragten insgesamt und bei Grün-Anhängern) und bei der Wahlentscheidung von Grün-Wählern (3. Stelle), deutlich höher als bei der PDS übrigens! Diese hohe Kompetenzzuschreibung lag in hohem Maße, aber nicht nur an der breiten Anerkennung für den grünen **Außenminister**.

(4) **Friedens- und Sicherheitspolitik der Grünen:**

- (a) Friedenspolitik im umfassenden Sinne ist bei den Grünen mit ihrer Menschenrechts-, Eine-Welt- und Umweltpolitik für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung weiterhin bestens aufgehoben. Die Strategie „Weg vom Öl“ ist langfristige Friedenspolitik par excellence. Die Aufmerksamkeit für diese Dimension von Friedenspolitik hält sich aber in Grenzen.
- (b) Das ist anders bei grüner Friedenspolitik im engeren Sinne. Wo es um Krieg und Frieden geht, um Verhütung und Eindämmung von Krieg und Gewalt, um operative Friedenssicherung und den Einsatz ziviler, polizeilicher und militärischer Mittel dabei geht, bewegt sich der Grüne Konsens auf dünnem Eis.
- (c) Die Programmoberfläche (Grundsatzprogramm 2002, Wahlprogramm 2005) ist klar und entspricht den Anforderungen einer vorausschauenden und umfassenden Frie-

denpolitik so sehr wie bei keiner anderen Partei. Sie ist bestimmt von Treue zu den Zielen und Normen der VN und orientiert auf VN-Fähigkeiten und –Bereitschaft: Die Globalisierung friedlich gestalten, damit sie auch gerecht gestaltet werden kann.

- (d) Konsens ist der Ansatz der Zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, der für friedenspolitische Kontinuität bei den Grünen steht. Mit ihm wurden Gewaltverhütung und Friedensförderung operativ. Beim Aufbau neuer Friedensfähigkeiten wirkten die Grünen innovativ und erfolgreich als treibende Kraft. Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der zivile Friedensdienst und Gesamtkonzept und Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Krisenprävention und Friedenskonsolidierung“ stehen dafür exemplarisch. Hier haben sich vielfältige Kontakte zu einem breiten und wachsenden Spektrum von Friedenspraktikern aus (N)GO`s, internationalen Organisationen, Diplomatie, Militär, Polizei und Forschung ergeben. Was in Fachkreisen im In- und Ausland hoch geschätzt wird, findet aber in der politischen, geschweige breiteren Öffentlichkeit praktisch keine Beachtung.
- (e) Am ehesten Beachtung findet alles, wo es um Waffen, Militär und Gewalt geht. Ein auf die Ablehnung von Militär und Krieg verengtes Verständnis von Frieden ist auffällig weit verbreitet. Konsens ist noch das grüne Engagement für Rüstungskontrolle und Abrüstung – bei Kleinwaffen wie bei Massenvernichtungswaffen –, wobei wir in der Regierungszeit im Dauerkonflikt um eine restriktive Rüstungsexportpolitik wie um den geplanten Luft-Boden-Schießplatz Wittstock standen.
- (f) Auseinander gehen Einstellungen und Positionen bei Grünen da, wo es um Militär und seinen Einsatz geht. Ein Großteil der Grünen trägt inzwischen friedenssichernde Stabilisierungseinsätze mit, wobei wir jeden Einsatzbeschluss mit besonderer Sorgfalt prüfen. Die Geister scheiden sich beim Einsatz militärischer Gewalt. Befürwortung von humanitär begründeten Interventionen steht gegen grundsätzliche Ablehnung von Militärgewalt. Wie in der Gesellschaft so ist auch unter Grünen ein Pauschalbild vom Militär verbreitet, das seinen teilweisen Funktionswandel (hin zu einer Truppe im Dienst und für die Ziele der UNO zur Kriegsverhütung) nicht realisiert hat und immer noch jegliche Form eines Militäreinsatzes mit einem Kriegseinsatz gleichsetzt. Auf der anderen Seite erfahre ich in Teilen der Partei einen Verlust an fundierter Militärskepsis und Imperialismuskritik sowie eine neue Naivität gegenüber dem Militärischen und seinen machtpolitischen Missbrauchsmöglichkeiten. Ein nüchternes Verständnis von Militär, seinen Leistungsfähigkeiten, Grenzen und Tücken ist unterentwickelt.
- (g) Vor allem die deutsche Beteiligung am Kosovo-Luftkrieg – im geringeren Maße auch am Afghanistan-Krieg – ist für viele Grüne eine nicht verheilte Wunde bzw. ein eher verdrängtes Kapitel mit viel schlechtem Gewissen. Sieben Jahre danach hat der Kosovo-Krieg zumindest in grünnahen Kreisen eine zunehmende Delegitimierung erfahren.
- (h) Die Auswirkungen sind unübersehbar: Sehr viele Aktive und langjährige Leistungsträger haben sich aus grüner Friedenspolitik verabschiedet; nur wenige Junge waren bereit, sich in einem so umstrittenen Politikfeld politisch zu engagieren. Dieses Feld wird bei den Grünen nur noch von ganz wenigen beackert. In Folge der Regierungsbeteiligung wurde die Friedens- und Sicherheitspolitik stark mit der Person und Politik **Joschka Fischers** identifiziert, der als Minister ausdrücklich „deutsche“ Außenpolitik machte. Das hatte einen Popularitätsgewinn und einen Profilverlust für grüne Außenpolitik zur Folge. Aktivitäten der Partei und Fraktion wurden weniger wahrgenommen. Auf Parteitaggen spielen friedenspolitische Themen im engeren Sinne kaum noch

eine Rolle, haben aber ein relativ hohes Unberechenbarkeitspotenzial. Die heißen Eisen von Friedens- und Sicherheitspolitik werden generell lieber gemieden.

(5) **Grüne, Friedensforschung und Friedensbewegung:**

Friedensforschung und Friedensbewegung haben sich traditionell immer gegen parteipolitische Vereinnahmungen gewehrt. So wie NVA und Bundeswehr beanspruchten, die wahre Friedensbewegung zu sein, so beanspruchten in den 80ern SPD, Grüne, DKP u.a. linke Parteien, dass sie Teil der einzig wahren Friedensbewegung sind. Bei keiner Partei war jedoch die Selbstidentifikation der Mitglieder als Teil der Friedensbewegung so ausgeprägt, wie bei der Partei, die sich als politischer Arm der außerparlamentarischen Bewegungen sah. Auf Grund ihrer Bewegungswurzeln und der hohen KDV-Dichte fühlen sich die Bündnisgrünen dieser Friedensbewegung politisch und untrennbar verbunden. Deshalb haben Positionen und Kritik aus den Reihen „der“ Friedensbewegung weiterhin erhebliche potenzielle Wirksamkeit in Richtung Grüner Klientel.

Der innergrüne Grundsatzstreit um Auslandseinsätze der Bundeswehr wurde auch in der Friedensforschung und in einzelnen Friedensorganisationen geführt. Diese Individuen oder Gruppen konnten sich eine abschließende Festlegung offen lassen oder weitgehend unbemerkt den Kurs oder den Forschungsschwerpunkt wechseln. Als Partei und Regierungsfraktion konnten wir das nicht. In der Eigen- und Fremdwahrnehmung haben sich deshalb in den letzten 15 Jahren Grüne und „Friedensbewegung“ auseinander entwickelt. Seit den Einschnitten von Kosovo- und Afghanistankrieg und anderen Zumutungen herrscht unter den alten Verwandten überwiegend Funkstille. In der Realität reichen die Beziehungen jedoch von Zerrüttung und anhaltender Enttäuschung über Sprachlosigkeit, inhaltliche Nähe bis zu Übereinstimmung und Kooperation.

In der medialen Öffentlichkeit und in der Politik gilt Friedensbewegung als marginal. Die Friedensbewegung leidet darunter, dass sie – trotz des Millionen-Protestes gegen den Irak-Krieg - immer wieder an der Mobilisierungskraft und Stärke der achtziger Jahre gemessen und mit der Friedensbewegung von damals verglichen wird. Damals hat sich aus dem mehrjährigen Protest gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen eine friedenspolitische Massenbewegung entwickelt. Damals wie heute gab und gibt es „die“ Friedensbewegung nicht. Die Friedensbewegung war immer sehr heterogen und vielschichtig. Damals wie heute leidet die Friedensbewegung darunter, dass linke Splittergruppen und die Partei mit der größten Offiziersdichte versuchen, die Friedensbewegung parteipolitisch und aktionistisch zu instrumentalisieren und zu vereinnahmen.

Nach dem Schrumpfungs- und Marginalisierungsprozess der letzten Jahre ist die organisierte Friedensbewegung heute stark überaltert und ausgesprochen heterogen. Die Unterschiede zwischen Kasseler Friedensratschlag, IMI/Tübingen, IPPNW, attac, DFG-VK, Kooperation für den Frieden, Versöhnungsbund, Pax Christi, Forum ZFD, Bund für Soziale Verteidigung, Ohne Rüstung Leben, Zentralstelle KDV, der Plattform für zivile Konfliktbearbeitung und vielen anderen sind erheblich. Die Positionen reichen von konstruktiver Friedensarbeit, praktischer Gewaltfreiheit über fundierte Militärkritik und grundsätzliche Militärgegnerschaft bis zu einem ideologischen Antiimperialismus. Die Politikstile reichen von Dialogoffenheit und vorbildlicher friedenspolitischer Beharrlichkeit bis zu sektiererischer Wagenburgmentalität. Unter Friedensbewegten erlebte ich besonders viel fundamentale Einstellungen. Wo Feindbildabbau mal zu den Grundanforderungen gehörte, grassiert nicht selten Feindbildwahrnehmung. Die Haltungen gegenüber den Grünen gehen von Hoffnungen auf eine Wiederannäherung über tiefe Enttäuschung bis zum Ko-

sovo-fixierten Bedürfnis nach Anklage und Abrechnung. Umgekehrt gibt es auf grüner Seite viel Wegducken gegenüber verbliebener Friedensbewegung.

Hierfür gibt es keinen triftigen Grund. Grüne bleiben - trotz zum Teil fundamentaler Differenzen - für Friedensgruppen nicht nur ein wichtiger Ansprechpartner, sondern in Schlüsselfragen auch glaubwürdige Bündnispartner. Eine repräsentative Befragung von TeilnehmerInnen der Anti-Irak-Kriegsdemonstration vom 15. Februar 2003 in Berlin hat gezeigt, dass die Nähe von bündnisgrünen WählerInnen und Friedensbewegung mehr als „gefühl“ ist. Mit 53 % der Befragten lagen die Grünen deutlich vor der SPD (21 %) und der PDS (20 %).

Breite Übereinstimmung besteht zwischen grüner Friedens- und Sicherheitspolitik und den Analysen und Forderungen des jährlichen Friedensgutachtens der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute, den friedensethischen Positionen der Kirchen und den Feststellungen in Kofi Annans Bericht „In größerer Freiheit“. Und auch in maßgeblichen Bundeswehrkreisen hat sich grüne Friedens- und Sicherheitspolitik trotz aller Distanz der politischen Kulturen hohe Anerkennung erworben und hat den Ruf eines zurückhaltend-verantwortlichen Umgangs mit den Streitkräften. (Auffällig wächst gerade bei einsatzerfahrenen Offizieren das Interesse an effektiver ziviler Konfliktbearbeitung.)

Grundsätzlich gilt: Eine Friedensbewegung war und bleibt unverzichtbar. Um politisch wirksam zu werden, braucht sie aber Dialogfähigkeit und vor allem Blick für Chancen.

- (6) **Neue Lage in der Opposition:** Der Abschied aus der Regierungsverantwortung entlässt uns nicht aus der Pflicht zu einer verantwortlichen Friedens- und Sicherheitspolitik – in Mitverantwortung für Frieden und Sicherheit Deutschlands, Europas und weltweit sowie die dabei eingesetzten deutschen Zivilexperten, Polizisten und Soldaten. Wir wollen weder eine „leichte Opposition“ noch uns auf Dauer in der Opposition einrichten.

Der Wechsel in die Opposition und insbesondere **Joschka Fischers** Rückzug bedeutet einen Verlust an außen- und sicherheitspolitischer Kompetenz, Sichtbarkeit und Durchsetzungskraft. Zugleich stehen die Grünen unter einem erhöhten Konkurrenz- und Profilierungsdruck seitens der FDP und der Linkspartei/PDS.

Letztere wird weiterhin versuchen, sich lautstark als radikalstes Sprachrohr von Friedensbewegung, Antimilitarismus und Friedensforschung zu gerieren. Gleichzeitig wollen Gysi und Lafontaine die Partei in den kommenden Jahren durch ein JA zu irgendeinem wenig umstrittenen Auslandseinsatz als regierungsfähig präsentieren.

Auf der anderen Seite sind wir jetzt nicht mehr in Mithaftung für alle möglichen Koalitionskompromisse, wird Grünes Profil nicht mehr überschattet bis konterkariert durch eine Schröder'sche Politik, wo immer wieder engere Großwirtschaftsinteressen vor Menschenrechten rangierten.

(7) Schlussfolgerungen und nächste Aufgaben

- (a) Nachwuchsförderung, friedens- und sicherheitspolitische Bildungsarbeit in den Grünen, Friedensberichterstattung und friedenspolitische Alphabetisierung/ Öffentlichkeitsarbeit sind für die Bündnisgrünen von strategischer Bedeutung für die

Weiterentwicklung einer wirksamen Friedenslobby. Der hohe Anspruch einer umfassenden Friedens- und Sicherheitspolitik erfordert besondere Anstrengungen.

- (b) Bilanzierung und Lehren: Wenn wir friedens- und sicherheitspolitisches Interesse und Engagement beleben wollen, geht das nicht ohne eine (selbst-)kritisch-selbstbewusste Aufarbeitung von 7 Jahren (rot-)grüner Friedenspolitik, ihrer Leistungen, Schwächen und strittigen Seiten. Als Tribunal um die „Kriegsschuldfrage“ wäre sie aussichtslos. Als Erfahrungslernen ist sie unabdingbar. Hierzu gehört eine systematische Auswertung deutschen Krisenengagements und der Auslandseinsätze der Bundeswehr als einem Teil davon. Hierzu gehört die breite Kenntnisnahme und Bekanntmachung unserer bisherigen Aufbauleistungen auf dem Feld der Zivilen Konfliktbearbeitung.
- (c) Auseinandersetzung mit der Außen- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition: Verteidigung und Unterstützung der guten Kontinuitäten aus Rot-Grün; Kritik fragwürdiger Entwicklungen (z.B. „NATO first“ statt VN-Orientierung, mehr Bundeswehr im Innern) in Konkurrenz zu und in partieller Kooperation mit SPD, FDP und Linksfraktion.
- (d) Weiterbau an – potenziellen - Leuchttürmen grüner Friedens- und Sicherheitspolitik: vertragsgestützte Rüstungskontrolle und Abrüstung (Kindersoldaten, Kleinwaffen, Massenvernichtungswaffen, Rüstungsexporte), neue Friedensfähigkeiten (zum 1. Bericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Krisenprävention im Mai, Schwerpunkte Polizei in Friedensmissionen und Sicherheitssektorreform), Unterstützung von Friedenskräften in Konfliktregionen, Bundeswehrtransformation für VN-Fähigkeit und freiwilliger flexibler Kurzdienst statt Wehrpflicht, Transparenz und frühzeitige Bewertung militärischer Entwicklungen und Beschaffungen, Weiterentwicklung der Inneren Führung.
- (e) Entwicklung einer Grünen Sicherheitsstrategie (Weißbuch, NATO-Gipfel im November): Analyse der absehbaren Hauptrisiken und –bedrohungen (neben Terrorismus und Weiterverbreitung insbesondere Staatsversagen, asymmetrische, sozio-ökonomische + ökologische Bedrohungen); Werte, Ziele, Normen, Interessen und Schwerpunkte deutscher Sicherheitspolitik im multilateralen Kontext; Anforderungen an eine kohärente Sicherheitspolitik mit ausgewogenen Fähigkeiten; Verhältnis von äußerer und innerer Sicherheit (AK-übergreifend); transparente Kriterien für Auslandseinsätze und ausschließliche Bindung an die VN-Charta (mit ihren Verpflichtungen und Grenzziehungen).
- (f) Förderung und Unterstützung der überfälligen breiten gesellschaftlichen Debatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik in 2006 (vgl. meinen Brief an den Bundespräsidenten zu seiner Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr, www.nachtwei.de)
- (g) Unterstützung der friedlichen Bewältigung akuter Krisen (Iran! und Israel/Palästina, absehbare Verschärfung in Afghanistan, kritisches Jahr im Kosovo, Wahlen im Kongo, Darfur), Fürsprache für „vergessene Konflikte“.
- (h) (Wieder-)Belebung von Dialog und Teil-Kooperation mit Friedensorganisationen, die dialogbereit sind (v.a. IPPNW, Pax Christi, Kooperation für den Frieden, Kirchen), friedensethische Diskussion und Verbreiterung der Zusammenarbeit mit Friedensforschung und –praxis (Friedensfachkräfte/ZFD, ZIF, zivik, FriEnt, DSF).

- (i) Ausbau des Dialogs mit Bundeswehr und Polizei und Einflussnahme auf ihre Rolle in einer Außenpolitik, die Friedenspolitik sein soll.
- (j) offensive Auseinandersetzung mit der Linksfraktion und ihrem Kurs von Pseudo-Pazifismus und VN-Verweigerung (ihre Absage an praktisch alle VN-Friedensmissionen), Förderung Differenzierungsprozesses.